Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 172.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 9. März.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Panslawismus oder Panrussenthum?

Die Aufregung, welche das petersburger und pariser Pronunciamento des Generals Skobjelew hervorgerufen, hat sich gelegt und macht bereits einer ruhigeren Betrachtung der politischen Verhältnisse Europa's Platz. Nicht als Thatsache, die wichtige politische Folgen hätte haben können, sondern, wie wir gleich nach der pariser Rede Skobjelew's an dieser Stelle hervorgehoben, als ein Symptom sind die Reden Skobjelew's von Wichtigkeit. Dem zu abenteuerlichen Unternehmungen geneigten russischen General ist der Westen Europa's gewissermaßen zum Danke verpflichtet, weil er — unüberlegt genug — ausgeplaudert hat, was die russische panslawistische Partei im Schilde führt. Die Ziele, welche sie verfolgt, sind eben so bedeutend und gefährlich, wie die Mittel, welche sie zu ihrer Realisirung anzuwenden im Stande ist, unzulänglich sind. Wir wissen zwar seit langer Zeit, daß die russische panslawistische Partei nichts Geringeres anstrebt, als Oesterreich zu zertrümmern, Deutschland für immer unschädlich zu machen und den ganzen slawischen Osten, sammt den von anderen Nationalitäten, Magyaren, Rumänen und Deutschen bewohnten Enklaven zu einem Panslawenreiche zu machen. Daß uns das aber ein bei den Russen sehr berühmter Feldherr, ein General-Adjutant des Kaisers sagt, ist überaus werthvoll. Bis jetzt konnte man behaupten, daß nur eine Handvoll russischer publizistischer Träumer diesen Ideen huldige, jetzt sehen wir aber, daß diese Partei Männer der That, die bereit und auch befähigt wären, an die Verwirklichung dieser Ideen Hand anzulegen, in ihrem Schoße birgt. Da es Veranlassung genug zu der Annahme giebt, daß es auch in den maßgebenden russischen Sphären Männer giebt, die darauf hin arbeiten, einen Krieg zur Herstellung eines Panslawenreiches unter russischer Führung zu wagen, so ist es nicht uninteressant, zu untersuchen, ob und welche Chancen dem russischen Reiche zur Verwirklichung dieses Zweckes zu Gebote stehen. Daß die russische panslawistische Partei im Stande wäre, das Land in einen solchen Krieg zu verwickeln, das russische Volk mit sich fortzureißen und selbst den Kaiser in die Lage zu versetzen, einen solchen Krieg führen zu müssen, ist unzweifelhaft. Wir erinnern hierbei an die den russisch-türkischen Krieg begleitenden Umstände.

„Rußland sammelt sich", hieß es so oft nach dem für dieses Reich so ungünstigen Krimkriege, der den Stolz des Kaisers Nikolaus und die überschätzte Kraft seines Landes brach. Das Zarenreich, welches von da an Zeit genug hatte, sich zu sammeln, hat in dem russisch-türkischen Kriege gezeigt, daß es in seinem bis zur Anmaßung gesteigerten Selbstvertrauen kaum im Stande war, das bis in seine Fundamente morsche Türkenreich zu bewältigen. Mit gänzlich erschütterter Heeresmacht, mit einer fast an den Bankerott grenzenden Zerrüttung seiner stets ungeordneten Finanzen, mit Einbüßung seines geringen militärischen Prestige ist Rußland aus diesem Kriege heimgekehrt. Außerdem hat es auf dem Berliner Kongreß eine seiner militärischen ähnliche diplomatische Niederlage erlitten.

Seit dieser Zeit hat sich in Rußland nichts zum Besseren, vieles aber zum Schlimmeren gewendet. Der Nihilismus und der Sozialismus hat den russischen Staatsorganismus wie ein Krebsschaden zerfressen. Die russische Regierung kann nicht und wenn sie es auch könnte, versteht sie es auch nicht Maßregeln zur Besserung zu finden und anzuwenden. Die ewigen Experimente mit der Truppen-Organisation, Veränderungen in der Bewaffnung und Uniformirung lassen das russische Heer nicht zur Konsolidirung kommen. Die ungeheuren Entfernungen des Riesenreiches, der Mangel an Heerstraßen und strategischen Bahnen vergrößern noch die Langsamkeit und Ungelenkigkeit der Bewegungen des russischen Truppenkörpers. Der, wie wir wohl sagen können, fast gänzliche Mangel an hervorragenden, in militärischer Beziehung tief denkenden Führern, die Unfähigkeit der Korps- und Divisions-Generäle, die gegebenen Befehle rasch und strikte auszuführen, machen die russische Truppe einer geschulten, strammen, von militärischem Geiste durchdrungenen Armee des Westens gegenüber zur Erreichung und Ausnutzung durchgreifender Erfolge ungeeignet. Selbst in der Hand eines überaus vorzüglichen Führers ist die russische Armee noch kein geeignetes Werkzeug, mit dessen Hilfe sich das vorgesteckte Ziel mit Sicherheit erreichen ließe. Wenn auch Rußland durch die Massen seiner Truppen erdrückend wirken möchte, was übrigens der Truppenzahl seiner Nachbarn gegenüber durchaus nicht der Fall sein kann, so würde auch dieser Umstand durch die taktische und strategische Ueberlegenheit seiner westlichen Gegner mehr als aufgewogen werden. Nur seine Kavallerie könnte zu Anfang des Krieges großen Schaden zufügen, ohne damit dem Zarenreiche einen nachhaltigen und folgereichen Nutzen zu bringen. Den Zentralasiaten gegenüber ist die russische Armee allerdings genügend und nach dieser Seite hin hat Rußland in der That auch eine Art zivilisatorischer Mission.

Bei einem Kriege Rußlands gegen seine westlichen Nachbarn ist aber auch die politische Seite nicht außer Betracht zu lassen. Niemals könnte Deutschland gestatten, daß Oesterreich durch das Zarenreich vernichtet würde. Um einer solchen Eventualität vorzubeugen, müßte, wenn auch zwischen Deutschland und Oesterreich keine faktische Allianz bestände, eine solche sofort geschaffen werden.

Summiren wir alle die Eigenschaften zusammen, welche das militärische und politische Wesen dieser drei Reiche ausmachen, so ergiebt sich daraus, daß Rußland in einem Kriege gegen Oesterreich auf einen halben Erfolg kaum, auf einen ganzen aber gar nicht zu rechnen hat.

Wie würden sich die wichtigsten, in und außerhalb der Grenzen Rußlands wohnenden Slawenstämme in einem Kriege des Zarenreiches gegen Oesterreich und event. Deutschland aller Wahrscheinlichkeit nach verhalten?

Es ist bekannt, daß die russischen Panslawisten alle „slawischen Brüder befreien" und unter dem Szepter des weißen Zaren zu einem Panslawenreiche vereinigen wollen. Aber eben so ist es bekannt, daß die „Befreier" den zu Befreienden die russische Sprache, die orthodoxe Religion, die ganzen russischen Staatseinrichtungen, um dadurch eine Uniformität und durch diese eine feste Zusammenfügung der einzelnen Theile herbeizuführen, aufzwingen wollen. Nie machen sie ein Hehl daraus. Dieser Umstand beweist bis zur Evidenz, daß der russische Panslawismus nichts weiter ist, als das rücksichtsloseste Panrussenthum. Auch die der orthodoxen Kirche angehörenden kleinen Slawenstämme würden sich diesen Zwang in keiner Weise gefallen lassen. Welche Stellung die Polen dem Russenthum gegenüber einnehmen, ist bekannt. Daß sie das Panrussenthum herbeiwünschen und fördern sollten, ist unmöglich anzunehmen. Der in Rußland dominirende ist der aus normannischen, esthnisch-finnischen, tatarischen und anderen asiatischen Elementen entstandene Stamm der Großrussen. Diese unterdrücken die Kleinrussen bis zu dem Grade, daß sie ihnen nicht einmal gestatten, Gebetbücher in kleinrussischer Sprache zu drucken und sich ihrer zu bedienen. Der kleinrussische Dialekt ist aus dem öffentlichen Leben gänzlich verbannt. Das Verhalten des Zarenthums nur diesen beiden Stämmen gegenüber hat seinen Einfluß auf die anderen Slawen ruinirt. Sie bedienen sich der Macht Rußlands nur, um sich ihrer anderen Feinde zu entledigen. Sobald sie eine politische Selbständigkeit errungen, so wollen sie vom Panrussenthum nichts wissen. Die schlauen Czechen tragen nur dann russische Sympathien zur Schau, wenn sie Oesterreich auf diese Weise Konzessionen abzupressen hoffen. Sie wissen recht gut, daß sie es nirgends besser haben können, als unter dem Szepter Oesterreichs. Sie mögen Panslawisten sein, aber für das Panrussenthum werden sie sich sehr bedanken. Rußland könnte gefährlich sein, wenn es fähig wäre, die Idee des Panslawismus auf seine Fahnen zu schreiben. Seine an's Ungeheuerliche grenzende Gier nach Länderbesitz und Zusammenhäufung einer plumpen politischen Macht treibt es dazu an, die Fahne des angeblichen Panslawismus zu entfalten, um das Panrussenthum zu etabliren. Dies bildet seine Schwäche und nicht seine Kraft. Es ist ein Humbug, wie Alles im russischen Reiche. Mit Recht sagte der alte Lord Palmerston: „Rußland ist ein großer Humbug!"

Nicht der Panslawismus also ist der Zweck, den die Russen verfolgen, sondern das Panrussenthum, welches keinen einzigen slawischen Stamm in einem Kriege gegen Oesterreich und Deutschland für Rußland begeistern könnte. Wenn die russische panslawistische, eigentlich aber panrussische Partei sich heute in ihrer bekannten Verblendung noch schmeichelt, in einem Kriege gegen Oesterreich und Deutschland die Slawen auf ihrer Seite zu finden, so würde sie, wie die Sachen in Wirklichkeit liegen, schon in der ersten Phase des Kampfes sich zu ihrem Nachtheil überzeugen, wie groß ihre Täuschung war. Wie wenig die russischen Panslawisten auf die Bereitschaft der Slawen, sich von ihnen gebrauchen zu lassen, rechnen dürfen, bestätigt auch das in Genf erscheinende „Wolnoje Slowo" (das „Freie Wort"), welches unter Anderem sagt:

„Die offiziösen und halboffiziösen slawophilen Blätter (Rußlands) suchen die Gemüther für Bosnien und die Herzegowina zu erwärmen, lediglich um sie von inneren Fragen abzuziehen. Die Balkanvölker haben aber kein Vertrauen zu der russischen Regierung, die nach außen, wie nach innen dieselbe Politik der Unterdrückung übt, die Bosnien den Oesterreichern überliefert habe. . . . Ehe Rußland im Innern liberal geworden sei, werde seine äußere Politik nicht unterstützt werden. . . ."

Wenn die jüngst befreiten Balkanslawen schon jetzt zu der russischen Regierung, welche durch Aksakow, Katkow und Skobjelew die panslawistischen Wirren schürt, bereits in feindseligen Gegensatz treten, was soll man da von den Kleinrussen, Polen und Czechen erwarten?

Der russische Panslawismus ist nichts weiter als — Panrussenthum, und dieses hat weder in militärischer, politischer, noch in nationaler Hinsicht Chancen des Gelingens, aber sichere Aussicht auf — Niederlagen!

Zur Verstaatlichung der Märkisch-Posener Eisenbahn

(Schluß.)

Es bleibt nun zu erwägen, ob es dem Staate möglich sein wird, in seiner Verwaltung die Rente von 1,389,825 Mark herauszuwirthschaften, welche er jährlich an die Aktionäre zu zahlen haben wird. Die Betriebsüberschüsse haben betragen im Jahre 1879 1,231,482 M. und im Jahre 1880 1,267,223 Mark, also im Durchschnitt 1,249,352 Mark. Hiernach würde gegenüber der zu zahlenden Rente ein jährlicher Zuschuß von 140,473 Mark zu leisten sein. Der Staat befindet sich jedoch nach der von der Mehrheit der Kommission vertretenen Ansicht in der Lage, bei Verwaltung der Bahn erhebliche Ersparnisse gegenüber einer Privatgesellschaft zu machen und zwar um so mehr, als ihm die Möglichkeit gegeben ist, die Verwaltung der Märkisch-Posener Bahn mit der nördlich davon gelegenen Königlichen Ostbahn und der südlich anschließenden, in königlicher Verwaltung stehenden Oberschlesischen Bahn in Verbindung zu bringen. Es muß angenommen werden, daß bei der Vereinigung des Güterexpeditionsdienstes auf den gemeinschaftlichen Stationen Frankfurt a. O. und Posen eine Ersparniß von 30,000 Mark jährlich die Folge sein werde; ferner würde es möglich sein, die Zahl der Beamten in der Zentralverwaltung, zur Zeit 88 mit einem jährlichen Einkommen von 172,217 M., derart zu vermindern, daß etwa ¼ derselben in Wegfall kommen und unter Hinzurechnung der Ermäßigung der sachlichen Ausgaben jährlich 30,000 Mark erspart werden kann. Es komme ferner in Wegfall die bisher an die Mitglieder des Verwaltungsraths gezahlte Tantieme, welche sich zuletzt auf 17,585 M. belaufen hat. Endlich sei derjenige Betrag in Abzug zu bringen, welcher zur jährlichen Amortisation der Prioritätsanleihen bisher dem Betriebsertrage zu entnehmen war, nämlich 22,000 M. Die hieraus sich zusammenrechnenden Ersparnisse würden sich auf 99,585 M. belaufen, so daß der Zuschuß des Staates, wenn die Betriebseinnahmen sich über den jetzigen Stand nicht erheben, 40,888 Mark betragen würde. Daß für die Zukunft eine wesentliche Erhöhung der Betriebsüberschüsse zu erwarten sei, könne aus dem stetigen Ansteigen derselben mit Sicherheit gefolgert werden. Der Reingewinn hat nämlich betragen

im Jahre	1874	522,826	Mark
„ „	1875	789,788	„
„ „	1876	853,402	„
„ „	1877	1,015,014	„
„ „	1878	1,155,266	„
„ „	1879	1,231,482	„
„ „	1880	1,267,223	„

Die Gesammtsteigerung seit dem Jahre 1874 beträgt daher 744,397 Mark.

Wenn man nun annehme, daß für die Zukunft keine größere Steigerung des Reingewinnes eintreten werde, als die seit dem Jahre 1878 erfolgte, welche 112,000 M. betragen hat, so würde dann das Unternehmen dem Staate einen jährlichen Gewinn von 61,112 M. abwerfen. Daß diese Steigerung von 112,000 Mark auch bei der vorsichtigsten Berechnung mit Sicherheit zu erwarten sei, ergebe sich aus der bisherigen Entwickelung der Bahn, wobei noch besonders zu berücksichtigen sei, daß dieselbe unter der Konkurrenz der nördlich und südlich von ihr befindlichen Staatsbahnen respektive in staatlicher Verwaltung befindlichen Linien erheblich gelitten und daher den ihr nach der natürlichen Lage zukommenden Verkehr keineswegs in vollem Maße erhalten hat. Die ihr nach der Verstaatlichung zufallenden Transporte würden dann allerdings bei der Königlichen Ostbahn respektive der Oberschlesischen Bahn in Wegfall kommen, doch müsse dabei berücksichtigt werden, daß sie von letzteren nur auf Umwegen, also mit höheren Betriebskosten, befördert werden können.

Gegenüber dieser Berechnung wurde in der Kommission von einer Seite geltend gemacht, daß der Kaufpreis ein zu hoher sei, weil die Aktionäre dadurch Vortheile erlangten, auf welche sie nach dem gewöhnlichen Verlauf der Verhältnisse niemals hätten rechnen können, es müsse vielmehr der Kaufpreis nur nach den Aussichten berechnet werden, welche die Aktionäre auf den Ertrag von Dividende hätten, und diese Aussichten seien für die Stamm-Aktionäre nur sehr geringe.

Dem gegenüber wurde andererseits geltend gemacht, daß die Stamm-Prioritäts-Aktionäre von jetzt an nur eine Rente von 4½ Prozent erhalten sollen, während die Bahn nicht allein zu 5 Prozent der Stamm-Prioritäts-Aktien rentire, sondern auch ein Reinerträgniß darüber abgeworfen habe, welches zur Zahlung rückständiger Dividendenscheine verwendet worden sei, so daß sie mit großer Wahrscheinlichkeit auf eine dauernde Rente von 5 Prozent rechnen könnten. Sie hätten jedoch vorgezogen, sich mit der Rente von 4½ Prozent aus Staatsschuldverschreibungen wegen deren größerer Sicherheit und wegen des größeren Kapitalwerthes der Staatsschuldverschreibungen zufrieden zu geben.

Was ferner die Stammaktien betrifft, so hätten dieselben zu der Zeit, wo eine Verstaatlichung der Bahn noch nicht in Aussicht stand, einen Kurs von 33½ Prozent gehabt, zu welchem sie jeder Zeit an der Börse verwerthet werden konnten. Der Vortheil, welchen daher die Inhaber derselben für die Aufgabe ihres Dispositionsrechtes über die Bahn und ihrer Aussichten für die Zukunft erlangen, belaufe sich nur auf 6½ Prozent.

Die Kommission ist in ihrer Mehrheit von der Ansicht ausgegangen, daß der Staat diese Bahn, welche sich bereits jetzt im Bereiche der vom Staat verwalteten oder in seinem Eigenthum befindlichen Bahnen befinde, dann ankaufen müsse, wenn er es ohne Verlust thun könne, gleichgültig, ob dabei den Aktionären ein außergewöhnlicher Vortheil zufalle, vorausgesetzt jedoch, daß eine billigere Erwerbung in späterer Zeit nicht zu erwarten sei. Es müsse aber angenommen werden, daß diese Voraussetzung bei der Märkisch-Posener Bahn zutreffe. Die Verhältnisse derselben hätten sich derart gebessert, die Verwaltung sei eine so sparsame und geschickte, daß für die Stammaktien keineswegs die Aussicht auf einen Bezug von Dividenden gänzlich ausgeschlossen sei. Die Konkurrenz der Staatsbahnen habe die Märkisch-Posener Bahn in vollem Maße zu tragen gehabt, so daß ihr von dieser Seite weitere Verluste nicht drohten. Wenn daher der jetzige Zeitpunkt zum Erwerbe der Bahn unbenutzt vorüberginge, so würde dieselbe in späterer Zeit nur zu einem höheren Preise angekauft werden können.

Bei Berechnung derjenigen Vortheile, welche dem Staate durch den Erwerb der Bahn zufallen, ist nicht mit in Rechnung gezogen worden, daß derselbe den Reserve- und Erneuerungsfonds zur freien

Disposition erhält; diese beiden Fonds, welche ultimo 1880 einen Bestand von 1,222,772 Mark hatten, gehen in der Höhe auf den Staat über, welche sie ultimo 1882 bezw. bei der Liquidation haben werden. Aus denselben sollen 300,000 Mark Abfindung für die beiden Direktoren der Gesellschaft entnommen werden, von denen der eine 180,000 Mark, der andere 120,000 Mark erhalten soll, vorbehaltlich einer näher zu vereinbarenden Kürzung bei dem Eintritt derselben in den Staatsdienst; das dritte Mitglied der Direktion hat eine Abfindung nicht in Anspruch genommen. Ferner ist der Reservefonds mit einer außerordentlichen Ausgabe von 40,000 Mark belastet, welche zur Lösung eines zwischen der Bahnverwaltung und mehreren Bankhäusern abgeschlossenen Vertragsverhältnisses dienen soll.

Von den Regierungskommissarien wurde hierbei Folgendes erklärt: Seitens der deutschen Bank bezw. der Diskontogesellschaft sei ein Projekt aufgestellt worden, welches die Abfindung der Stamm-Prioritätsaktien für ihren Anspruch auf den Bezug von Dividendenrückständen früherer Jahre bezweckt habe und von der Wirkung gewesen sein würde, daß die Stammaktien sofort in den Genuß von Dividende eingetreten wären. Ueber die Durchführung dieses Projektes sei zwischen den gedachten Bankinstituten und der Direktion der Märkisch-Posener Eisenbahn-Gesellschaft am 4/6. Juli v. J., also vor Einleitung der Verstaatlichungs-Verhandlungen, ein Vertrag abgeschlossen, durch welchen die erstere die erforderliche Vermittelung der damit verbundenen umfangreichen Finanzoperationen übernommen haben. Bei den Verhandlungen mit der Märkisch-Posener Eisenbahngesellschaft habe der Direktion anheimgegeben werden müssen, diesen Vertrag, der in gewisser Beziehung die Intentionen der Regierung zu kreuzen, die Ansprüche der Stammaktionäre zu steigern geeignet gewesen wäre, wieder aufzuheben. Dies habe die Direktion der Märkisch-Posener Eisenbahngesellschaft gethan und die Staatsregierung habe sich demnächst damit einverstanden erklärt, daß die Abfindung der Bankinstitute in Höhe des garantirten Minimalgewinnes dem Reservefonds, der zur Deckung dieser außerordentlichen Ausgabe geeignet sei, entnommen werde.

Dieselben bemerkten noch, daß, wenn die Aktionäre erst einmal eine — wenn auch noch so geringe — Dividende bezogen haben würden, den Aktien alsdann voraussichtlich von der Börse ein Kurs gegeben sein würde, welcher es ausgeschlossen hätte, den Ankauf dieser Bahn staatsseitig ins Auge zu fassen. Die Steigerung des Kurses der Märkisch-Posener Eisenbahngesellschaft, welche bereits vor dem Beginn der Ankaufsverhandlungen stattgefunden habe, finde eben seine Erklärung in dem gedachten, den Interessenten der Stammaktien günstigen Finanzprojekte jener Bankinstitute.

Endlich wurde von den Vertretern der Staatsregierung noch besonders hervorgehoben, daß die Nothwendigkeit des Erwerbes der Bahn gerade für die Förderung der Verkehrsinteressen der Prov. Posen in den weitesten Kreisen der Provinz anerkannt werde, die Bahn befinde sich in günstiger Verkehrsentwickelung, deren Resultate in der neuesten Zeit auch die Veranschlagung der Denkschrift übertroffen haben. Das Jahr 1881 habe nach den jetzt vorliegenden Ermittelungen bei Vergleich der provisorisch festgestellten Einnahmebeträge eine Mehreinnahme von 24,564 Mark, der Monat Januar des laufenden Jahres eine solche von 34,640 Mark gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres gebracht.

Die Kommission genehmigte schließlich den Vertrag mit 11 gegen 10 Stimmen.

Deutschland.

C. **Berlin**, 7. März. [Die diplomatische Vertretung bei der Kurie. Aus der kirchenpolitischen Kommission. Die Verstaatlichungs-Vorlage.] Wenn die kirchenpolitische Kommission gestern beschloß, die Fortsetzung ihrer unfruchtbaren Arbeit abermals auf einen Tag zu unterbrechen, sie erst morgen wieder aufzunehmen, so war dies hauptsächlich durch die Rücksicht darauf veranlaßt, daß für heute die Debatte über die Wiederherstellung der diplomatischen Vertretung bei der Kurie im Abgeordnetenhause bevorstand; man hätte aber, wie sich gezeigt hat, trotzdem ruhig mit den Kommissionsarbeiten fortfahren können; es ist durch die heutige Verhandlung keinerlei Einfluß auf die kirchenpolitische Lage geübt worden. Fürst Bismarck, den Manche noch beim Beginn der Sitzung für heute erwarteten, hatte sich wegen seines Gesundheitszustandes entschuldigen lassen; man war aber, da die Nachrichten über diesen gerade jetzt günstig lauten, geneigt, das von dem Unter-Staatssekretär Busch erwähnte Unwohlsein für ein „diplomatisches" zu halten. Wie sorgfältig das Geheimniß über den Stand der Schlözerschen Verhandlungen auch gewahrt werden mag, so viel ist doch sicher, daß es dem Fürsten Bismarck nicht erwünscht sein konnte, sich heute darüber zu äußern. Graf Limburg-Stirum, der bis zum Eintritt des Grafen Hatzfeldt bekanntlich die Geschäfte des Staatssekretärs im auswärtigen Amt besorgte und daher als auch jetzt noch eingeweiht in die betr. Verhältnisse gilt, heute sogar als eine Art offiziösen Regierungskommissars zu sprechen schien, bemerkte, daß trotz der „höflichsten Beziehungen" zwischen der Regierung und dem Vatikan die schwebenden Verhandlungen doch „lange dauern" könnten; und die Rechte war sehr kleinlaut bei Herrn Virchow's spöttischen Bemerkungen über den Stand dieser Verhandlungen. Auch die Manier, in welcher Herr Windthorst zwischen versöhnlichen und skeptischen Aeußerungen balancirte, mußte als Bestätigung dafür gelten, daß man in Rom nicht vorwärts kommt. — Trotz der gestrigen, dem Verlauf der ersten Kommissionslesung entgegengesetzten Abstimmung über § 2 (oder § 4 des Regierungsentwurfes), trotz der konservativ-nationalliberalen Majorität, welche sich dabei ad hoc zusammengefunden, überwog heute im Abgeordnetenhause die Ansicht, daß schließlich doch nur die konservativ-klerikale Majorität, welche die Beschlüsse der ersten Lesung gefaßt hatte, im Plenum das Resultat bestimmen würde, welches alsdann natürlich im Wesentlichen demjenigen der ersten Kommissionsberathung entsprechen würde. Wenn durch den gestrigen Beschluß über § 2 die Wahrscheinlichkeit nahe gerückt ist, daß die Kommissionsberathung ohne Ergebniß endet und daher die zweite Berathung im Plenum auf Grund der Regierungsvorlage stattzufinden hätte, so glaubt man, daß es durchaus den Wünschen der Regierung entspricht, wenn die Sache dergestalt möglichst lange ohne formellen Abschluß bleibt, wenigstens so lange die Herren v. Schlözer und Jacobini weder betreffs der Benennungspflicht einen Ausweg gefunden haben, noch darauf verzichten, einen solchen zu finden. Den darauf bezüglichen Art. 5 der Regierungsvorlage in irgend einer Form zu retten, diese Hoffnung wird noch nicht aufgegeben; aber sowohl dieses Ziel, als das zweitwichtigste, den Bischofsparagraphen, kann man nur mit einer konservativ-klerikalen Majorität zu erreichen hoffen. — Der Bericht der Eisenbahn-Kommission über die Verstaatlichungs-Vorlage, dem eine Anzahl als Anlagen dazu vertheilter Berichte über die Verträge mit den einzelnen Eisenbahn-Gesellschaften folgen, ist ein äußerst inhaltloses Schriftstück; und auch aus dem ersten der Spezialberichte, dem über die Bergisch-Märkische Bahn, bei welcher eine Art Generaldiskussion in der Kommission stattfand, ersieht man, daß ein ernstlicher Versuch, die Fortsetzung der Verstaatlichung anzufechten, in der Kommission nicht mehr gemacht wurde; die Gegner kämpften nur noch für die Ehre der Fahne. Merkwürdig ist die Lauheit, welche auch in dem Bericht betreffs des Gedankens, dem Landtag einen Einfluß auf die Tarife zu wahren, sich zeigt; der Regierungskommissar betonte nur die Schwierigkeit der Ausführung, leistete aber keinen grundsätzlichen Widerspruch — und in der Kommission begnügte man sich mit der Vertröstung, daß sich vielleicht im Plenum ein passender Vorschlag finden werde.

+ **Berlin**, 7. März. [Die preußische Gesandtschaft beim Vatikan. Zollrepressalien gegen Rußland.] Durch eine aus den konservativen Parteien und dem Zentrum gebildete Mehrheit ist im Abgeordnetenhause die für die Wiedererrichtung einer ständigen diplomatischen Vertretung beim päpstlichen Stuhl (welche bekanntlich 1874 aufgehoben worden war) geforderte Summe gegen den Widerspruch der liberalen Parteien genehmigt worden. Es soll jetzt eine preußische Gesandtschaft sein, während es vor 1874 eine Reichsgesandtschaft war; es ist darauf kein besonderer Werth zu legen; immerhin aber kann es als ein Beweis aufgefaßt werden, daß auch der Reichskanzler die Frage nicht als eine solche der großen europäischen Politik betrachtet, sondern als eine innere Angelegenheit Preußens und seiner kirchlichen Politik. Es liegt sonach auch in der Verweigerung dieser Forderung kein Mißtrauen gegen die Leitung der auswärtigen Politik, sondern höchstens ein Zweifel, ob die neueste Kirchenpolitik auf dem richtigen Wege ist. In der ganzen Welt und besonders in ultramontanen Kreisen wird diese Gesandtschaft als ein neues Zeichen des Entgegenkommens und der Friedenssehnsucht des Staats aufgefaßt, wie die Beseitigung seiner Zeit als die offenste Erklärung des Krieges. Immer neue Friedensunterpfänder darzubieten ohne irgend welche Erwiderung hat aber der Staat offenbar keinen Anlaß, in einem Augenblick, wo alle Anzeichen schließen lassen, daß die neuesten Verhandlungen bei der Kurie auf nichts als Ablehnung oder äußerste Zurückhaltung stoßen. Das Beste, was man zur Empfehlung des Vorschlags sagen kann, ist ohne Zweifel das, daß diese Gesandtschaft bestimmt sein soll, die kirchenpolitischen Dinge bei der Kurie in einem dem Staat günstigeren und vorurtheilsfreieren Lichte erscheinen zu lassen, als es durch den Verkehr mit den kirchlichen und parlamentarischen Häuptern des deutschen Ultramontanismus geschieht. Herr Windthorst hatte davon ein Gefühl, als er bemerkte, es werde hoffentlich nicht zu den Geschäften des neuen Gesandten gehören, die Zentrumsfraktion und ihre Führer in falschem Lichte darzustellen und zu versuchen, ob deren Führer nicht auf dem Umwege über Rom zu beeinflussen wäre. Im Uebrigen begrüßte Herr Windthorst die neueste Kirchenpolitik mit Jubel als einen Beweis, daß der „einseitige Souveränetätsdünkel", des Staates nämlich, der die Maigesetze inspirirt habe, überwunden sei, daß die Liberalen keine Veranlassung mehr hätten, den Kopf hoch zu heben, indem

---

Im Unglück stark.

Roman nach dem Englischen frei bearbeitet von
G. Sternau.

(Nachdruck verboten.)

(42. Fortsetzung.)

„Sie haben auf mich gewartet?" sagte die alte Frau.

„Ja, Liebe, ich kann heute nicht einschlafen. Ist er fort?"

„Er wird gleich gehen."

„Er verweigert, das Geld zu behalten, selbst er will mein Geld nicht anrühren, selbst er hält mich für schuldig."

„Er wird seine Ansichten bald ändern. Er denkt jetzt schon milder über Sie."

„Du willst mich beruhigen, sagte sie matt lächelnd."

„Es steht uns Allen eine Veränderung bevor, und ich glaube, Kind, daß jetzt für uns das Schlimmste vorüber ist und daß von jetzt ab Alles gut werden wird."

„Wie wäre das möglich?"

„Ich bin dessen gewiß, und Sie wissen, daß ich nicht sanguinisch bin."

„Was hast Du gehört? Hast du wirklich gute Nachrichten? Darf ich Hoffnung schöpfen?"

„Warten Sie bis morgen. Ich kann Ihnen noch nichts Gewisses sagen, aber ich bin seltsam hoffnungsvoll. Gute Nacht, schlafen Sie wohl. Sie haben doch für sich und die arme alte Frau gebetet?"

„O, meine einzige Freundin, die so treu und standhaft ist, wie könnte ich Dich je in meinen Gebeten vergessen?"

„Der Himmel segne Sie dafür."

„Gute Nacht, und weiter hast Du mir nichts zu sagen?" fragte sie, die Arme um Mrs. Graves' Hals geschlungen und deren verwittertes Gesicht dicht an das ihre ziehend.

„Nichts weiter, mein Liebling."

„Wecke mich morgen zur gewöhnlichen Zeit, Jane, wir wollen einen langen Spaziergang machen."

„Ach, einen ganzen Tag zusammen zubringen!"

„Nochmals gute Nacht."

Die alte Frau bewahrte ihre Festigkeit bis zuletzt. Mit festem, ruhigem Schritt verließ sie das Zimmer, nur als sie draußen war, hob sie in wilder Verzweiflung die Arme empor. Sie bückte sich, um ihren Hut wieder aufzunehmen, und schlich die Treppe hinab, gleichsam als wandle sie im Schlafe.

„Ich bin bereit, Arthur."

Der Mann, welcher dumpf vor sich hinbrütend dagesessen, richtete sich seufzend auf und folgte ihr. In dem Vorhause trafen sie ein Dienstmädchen, zu dem Mrs. Graves sagte:

„Ich werde nicht lange bleiben. Sie können zu Bett gehen."

Sie traten aus dem Hause, und als sie die Thür hinter sich geschlossen hatte, blickte sie hinauf nach dem Fenster von Helene's Zimmer.

„Jetzt wird für sie ein neues Leben beginnen. Wollen Sie mit mir hoffen, Arthur, daß es in Frieden beginnen und enden werde?"

„Ja, jetzt vermag ich es zu hoffen," murmelte er.

26. Capitel.

Jane Graves weckte am nächsten Morgen ihre Herrin nicht, wie sie versprochen hatte. Helene erwachte, kleidete sich an und ging hinunter. Daß sie auch unten die Haushälterin nicht fand, befremdete sie nicht, denn Mrs. Graves pflegte sehr häufig erst zur Frühstücksstunde zu erscheinen.

Erst als Helene in das Wohnzimmer trat und einen Blick in den Spiegel über dem Klavier geworfen hatte, gewahrte sie ein Zeichen neuer Sorgen. Erst vor wenig Tagen hatte sie in jenem Spiegel Flora Andijon gesehen und jetzt erblickte sie darin eine andere Gestalt, die für immer mit dem Andenken an ihre Heimsuchungen verknüpft war. Es war Valentin Merrick, der, den Blick auf die Blumen geheftet, das Gesicht ernst und gedankenvoll, auf dem Rasenplatze stand.

„Er trotzt mir, er beleidigt mich!" flüsterte sie und trotz ihrer Abspannung stieg ihr das Blut in die Wangen.

Ein zweiter Blick aber auf ihn, der stumm und unbeweglich dastand, erfüllten sie mit neuer Angst, und überzeugt, daß er einen Grund haben müsse, hier zu erscheinen, trat sie rasch durch die Glasthür und ging auf ihn zu.

„Bringen Sie mir schlimme Nachrichten?" fragte sie, näher an ihn herantretend. „Nun, Herr, ich bin auf Alles gefaßt, denn das Schlimmste habe ich ja längst überstanden."

„Das hoffe auch ich," sagte er ernst und freundlich, und für meinen Antheil an Ihrem gegenwärtigen Elend, bitte ich um Ihre Verzeihung."

„Meine Verzeihung?" fragte sie, erstaunt zurücktretend, „Sie bitten mich um Verzeihung?"

„Obgleich überzeugt, daß Alles, was geschehen ist, nur zum Guten geführt hat, und daß mein unwürdiger Verdacht gegen Sie und mein Stolz auf meine Kenntniß des menschlichen Herzens dazu beigetragen haben, Ihre Unschuld an den Tag zu bringen, habe ich dennoch unedel gegen Sie gehandelt, und ich bitte Sie, Madame, mir meinen Irrthum zu vergeben."

„Meine Unschuld — Ihr Irrthum!" wiederholte Helene, zwischen jedem Worte tief Athem schöpfend, „dann halten Sie — selbst Sie — mich des Mordes nicht für schuldig?"

„Ich bin gewiß, daß Sie unschuldig sind."

„Es ist der Einfluß Ihres warmherzigen Freundes, der Sie bewogen hat, hierher zu kommen."

„Nein, Mrs. Barklay, es ist das Bekenntniß der schuldigen Person, die jetzt die einzige mögliche Sühne für ihr Verbrechen bietet."

„Jemand hat sich des Mordes schuldig erkannt?" kreischte sie fast auf. „Nein!"

„Ja!"

„Ist es wirklich — möglich?" sagte Helene langsam. „Ich bin dem Bringer solcher guten Kunde dankbar, sehr dankbar."

Sie reichte ihm ihre kleine Hand hin, er nahm sie, beugte tief sein Haupt und küßte dieselbe mit befremdender Ehrfurcht, dann richtete er sich wieder auf und beobachtete sie scheu.

„Sie sagte, daß sie besonders hoffnungsvoll auf gute Nachrichten sei; wo ist sie? Ich muß gehen, es ihr zu erzählen," rief Helene, „obgleich jene Nachrichten Kummer und Elend für einen Anderen mit sich führen, an den ich eben nicht dachte," fügte sie traurig hinzu.

„Wen wollen Sie sprechen?"

„Jane Graves, sie, die immer prophezeite, daß dieser Tag der Rechtfertigung endlich kommen werde."

„Sie ist fort. Ich bin geschickt worden, Ihnen mitzutheilen, daß —"

„Daß Arthur Barklay bekannt hat," rief sie. „Ja, er war sonderbar gestern Abend!" fuhr sie in wachsender Aufregung fort. „Sie müssen sich dessen noch erinnern! Und Jane ist zu ihm gegangen! Ach, Mr. Merrick, sie liebte ihn sehr, sie kannte ihn von seiner Kindheit an!"

„Ist Ihnen nie der Gedanke gekommen, Mrs. Barklay," sagte Valentin mit leiser, eindringlicher Stimme, „daß Jane Graves unter starker Versuchung jenes Verbrechen begangen haben könnte?"

„Niemals!" schrie Helene, „nein! Wie — wie — Sie wollen mir doch nicht sagen, daß Jane Graves es war, die zuerst —"

Sie taumelte auf Valentin zu, und ihre weißen, zitternden Hände auf seinen Arm legend, starrte sie ihn in furchtbarer Erwartung an, so daß trotz seiner Selbstbeherrschung er nicht den Muth finden konnte, ihr zu antworten.

„Um der Barmherzigkeit willen, sprechen Sie!" sagte sie.

„Mrs. Barklay," begann er, „es ist meine traurige Pflicht geworden, Sie auf diesen Schlag vorzubereiten. Wenn es mir nicht gelungen, so schmerzt es mich tief, ich habe mein Bestes gethan, aber ich muß Sie auffordern, stark zu bleiben und nicht zu vergessen, daß aus alle dem Bösen Gutes erwachsen muß. Jane Graves hat, so viel es in ihrer Macht stand, wieder gut zu machen gesucht, was sie verbrochen. Sie hat ihre Schuld gestanden. Gestern Abend ist sie nach York abgereist."

„Fort, fort, meine einzige Freundin, die einzige, die ich je im Leben gehabt habe. O, Jane, Jane, komme wieder!"

Wäre er nicht auf sie zugestürzt, so würde Helene Barklay, einer Todten gleich, zu Boden gesunken sein, aber er fing sie in seinen Armen auf, trug sie in das Haus und rief die Dienstboten herbei, um Hülfe zu bringen.

(Fortsetzung folgt.)

r Selbständigkeit der Staatsgesetzgebung proklamirten. Genug, nach der Auffassung des Herrn Windthorst bedeutet die Akkreditirung eines preußischen Gesandten bei der Kurie das Eingeständniß, daß die bisherige Kirchenpolitik eine ganz falsche gewesen sei. Es zeigt sich hier, daß das allzuhastige Entgegenkommen der Regierung nicht die gewünschte Wirkung hervorbringt. Die Siegesgewißheit, welche Herrn Windthorst erfüllt, ist eine schlechte Zugabe zu Kompromißverhandlungen. Die Windthorst'sche Rede klang wie das Grabgeläute einer Politik, welche auf die Nachgiebigkeit des Zentrums und der Kurie in kirchlichen Fragen rechnet. Allein trotz der Aussicht, daß die neue Gesandtschaft in gewissem Sinne als ein Zug gegen das Zentrum gemeint sein könnte, hat diese Partei einstimmig für die Bewilligung gestimmt. Das Zentrum wird sich seiner sichern Position in Rom wohl genug bewußt sein, um eine solche Gefahr nicht ernstlich zu fürchten, und der Gewinn für die päpstliche und ultramontane Sache ist ihm jedenfalls höher und gewisser. Dieselben Erwägungen haben die liberalen Parteien bewogen, gegen die Position zu stimmen, von deren Bewilligung sie sich zur Zeit wenigstens einen praktischen Nutzen für Wiederherstellung eines ehrenvollen Friedens nicht versprechen konnten, wohl aber mancherlei Mißdeutung und Erweckung neuer Illusionen im ultramontanen Lager erwarten zu müssen glaubten. — Der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.", welcher unverhohlen Zollrepressalien gegen Rußland fordert, falls dieses neue Erhöhungen seines Zolltarifs vornimmt, scheint eine neue Phase in unserer handelspolitischen Entwicklung inauguriren zu sollen. Der Ausgangspunkt der neuen Wirthschaftspolitik, wie er in dem vielbesprochenen Dezemberbrief des Reichskanzlers dargelegt worden, war die selbständige Regelung unseres Zollwesens nach unseren finanziellen und gewerblichen Bedürfnissen; in zweiter Linie erst wurde die Aussicht auf den Abschluß neuer Handelsverträge eröffnet, für den der neue Zolltarif Deutschland in die möglichst günstige Lage versetzen sollte. Kaum war der Tarif indessen zu Stande gekommen, so gewann die Sache ein anderes Ansehen. Es ward die Parole ausgegeben, daß an den neuen Zollsätzen nicht gerüttelt werden dürfe; das Scheitern der Verhandlungen über einen neuen Tarif-Vertrag mit Oesterreich bestätigte, daß diese Parole auch für die Gestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande maßgebend sein solle und Deutschland somit auf die Erlangung und Gewährung vertragsmäßiger Verkehrserleichterungen Verzicht leisten werde. Ein abermals veränderter Aspekt bot sich dar, als zur Verstärkung des Zollschutzes für einzelne Gewerbzweige mehrere beträchtliche Erhöhungen beschlossen wurden. Die jetzt von der „Nordd. Allg. Ztg." gepredigte Revanche-Politik scheint den letzten Rest der Anfangs als leitend hingestellten Grundsätze beseitigen zu sollen, die defensive Zollpolitik des Jahres 1879 soll sich in eine agressive verwandeln. Schutz der nationalen Produktion, Abschluß günstiger Handelsverträge, ehrliche Probe des neuen Tarifs — alle diese Gesichtspunkte sollen jetzt in den Hintergrund treten vor dem Gedanken des Zollkriegs. Ueberraschen kann allerdings diese neueste Entwicklung unserer Zollpolitik nicht, sie ist nur die konsequente Ausbildung des Systems, dessen Grundlage der Tarif von 1879 und seine Begründung bilden. Schneller als vielleicht erwartet werden durfte, sieht sich diese Politik zu immer weiteren Schritten auf der Bahn gedrängt, an deren Ende die vollständige handelspolitische Anarchie, eine erbitterte Handelsfeindseligkeit gegen alle Staaten liegt. Unzweifelhaft wird es nicht an Interessenten fehlen, welche auch in solcher Situation einen Sondervortheil herauszuschlagen suchen werden. Die agrarische Schutzzollpolitik, welche der Tarif von 1879 wenigstens theilweise nur erst in verschämter Form zeigt, wird jetzt offen nach voller Geltendmachung streben und Zollsätze auf Rohstoffe und Nahrungsmittel, die vor drei Jahren als schlechthin chimärisch angesehen wurden, werden jetzt plötzlich in den Bereich ernstlicher Prüfung gezogen werden. Der Charakter des jetzigen wirthschaftspolitischen Systems muß aber dabei mit immer größerer Schärfe der großen Mehrheit der Bevölkerung klar werden, und das würde wenigstens ein Gutes an einem Zollkriege mit Rußland sein.

— Es ist von besonderem Interesse zu sehen, daß gleichzeitig Unterstaatssekretär v. Mayr im Volkswirthschaftsrath und die „Germania" der Auffassung entgegentreten, als ob das Tabaks-Monopol und die Sozialpolitik der Regierung in einem inneren Zusammenhang ständen. Nach dem im „Staatsanzeiger" veröffentlichten Protokoll der Sitzung des Volkswirthschaftsraths vom 3. März äußerte sich Herr v. Mayr gegenüber dem Frhrn. v. Landsberg also:

„Es handle sich in erster Linie um die Entlastung der Einzelstaaten von den sie drückenden Steuern; die (aus dem Monopol) erzielten Summen sollten deshalb voll an die Einzelstaaten ausgezahlt werden. Die Unfallversicherung sei nur als ein Projekt erwähnt, dessen Durchführung gleichfalls erhebliche Geldmittel erfordern werde; die letzteren können aber auf anderem Wege beschafft werden."

Der Vertheidiger des Tabaksmonopols hat begreiflicherweise ein lebendiges Interesse daran, daß die Freunde des Projekts nicht durch die Furcht, die Erträge desselben zu staatskommunistischen Experimenten verwendet zu sehen, entmuthigt werden. Die „Germania" stellt sich auf den entgegengesetzten Standpunkt; vielleicht weil sie fürchtet, daß die Freunde der neuesten Sozialpolitik geneigt sein könnten, das Tabaksmonopol mit in den Kauf zu nehmen. Unserer Ansicht nach ist der Zusammenhang zwischen Monopol und Sozialpolitik weder durch offizielle, noch durch journalistische Schachzüge zu verdecken, so lange wenigstens nicht, als die kaiserliche Botschaft an den Reichstag vom 17. November v. J. nicht durch eine neue Kundgebung korrigirt worden ist. Die Botschaft hob hervor, daß das Ziel der Sozialpolitik „nicht ohne die Aufwendung erheblicher Mittel zu erreichen sein werde," und fuhr dann fort: „Auch die weitere Durchführung der in den letzten Jahren begonnenen Steuerreform weist auf die Eröffnung ergiebiger Einnahmequellen durch indirekte Reichssteuern hin"; sie bezeichnete dann die Einführung des Tabaksmonopols als den sichersten Weg zu diesem Ziele. Die Erträge des Monopols sollen also in erster Linie zur Deckung der erheblichen Ausgaben für die Unfallversicherung u. s. w. und erst in zweiter Linie zur Durchführung der Steuerreform in den Einzelstaaten verwendet werden.

— Der Volkswirthschaftsrath hat heute seine Erörterungen über Unfallversicherung und Krankenkassen fortgesetzt. Da absolut kein neuer Gesichtspunkt dabei zu Tage trat, glauben wir von der Mittheilung eines Berichtes Abstand nehmen zu können. Nur ein Zwischenfall, sagt die „N. Z.", ist der Erwähnung werth. Der hiesige Industrielle Herr Hessel — gelegentlich bezeichnet er sich als „Webermeister" — bemerkte nach dem uns zugehenden Berichte, die allgemeine Altersversicherung müsse eingeführt werden, wenn es nicht dahin kommen solle, daß der rothe Hahn aufs Dach gesetzt wird". Lebhafte Unterbrechung des Redners war die Folge. Dieser ausgezeichnete „Sachverständige" ist ohne Präsentation einer zu solcher berechtigten Körperschaft, lediglich aus besonderem Vertrauen der Staatsregierung, in den Volkswirthschaftsrath berufen.

— [Aus den Kommissionen.] Die Budgetkommission nahm in ihrer gestrigen Sitzung zunächst die Berathung des Antrags Büchtemann betreffend die Baubeamten wieder auf. Abg. Dr. Hammacher bringt Namens der Subkommission folgenden von der Regierung acceptirten Gegenantrag ein: „Königliche Staatsregierung zu ersuchen mit dem nächsten Etat eine Uebersicht der in jeder Beamtenkategorie etatsmäßig und diätarisch angestellten Personen zu geben." Nach längerer Diskussion wird der Antrag Büchtemann abgelehnt, derjenige der Subkommission angenommen. Referent Dr. Hammacher trägt sodann die Petition der Zugführer um Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses vor und beantragt Namens der Subkommission, dieselbe der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Vertreter des Finanzministeriums führte aus, daß eine allgemeine Regulirung der Beamtengehälter beabsichtigt werde, und daß man die Aufbesserung einzelner Kategorien nur vornehmen könne, wenn besonders dringliche Gründe vorlägen, dies sei aber hier nicht der Fall. Abg. Kalle betont, daß die Petition der Zugführer allerdings besonders zwingende Momente enthalte, welche er im Einzelnen darlegt. Trotz des wiederholten Widerspruchs der Vertreter des Finanzministeriums und des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten wird nach einigen empfehlenden Bemerkungen des Referenten beschlossen, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Bezüglich der Petition der Wagenmeister wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. Eine Petition der Packmeister um Besserstellung beschließt die Kommission gemäß dem Antrage der Subkommission, nach Empfehlung durch den Referenten und die Abgeordneten Büchtemann und v. Grand Ry der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Ueber eine Petition der Eisenbahnzeichner wird der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung beschlossen. — Das Gesetz, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Staatsbeamten, ist in der Kommission bei der heute geschlossenen ersten Lesung mit Ausnahme der §§ 21 und 24 nach den Beschlüssen des Herrenhauses angenommen. Der § 21 bezieht sich auf die ehemals dänischen, kurhessischen und hohenzollernschen Beamten. Durch § 24 sind die Bestimmungen des Gesetzes auf die Lehrer an den höheren und niederen Unterrichtsanstalten für nicht anwendbar erklärt. Beide §§ hat die Kommission zu streichen beschlossen. — In der Unterrichts-Kommission gab eine Petition einzelner Mitglieder der Schulsozietät Siegen, man möge die Anordnung der Behörden, nach welcher die dortigen Schulsteuern nach dem Maßstabe der sämmtlichen direkten Staatssteuern erhoben werden, dahin abändern, daß nur Klassen- und Einkommensteuer den Maßstab bilden, Veranlassung zu ausführlicher allseitiger Behandlung der Frage, welcher Modus der richtige sei. Nach dem Landrecht, wie nach allen anderen einschlägigen Gesetzen sollen sämmtliche directe Steuern, also nicht allein die Personal-, sondern auch die Realsteuern den Maßstab für Erhebung der Schulsteuern abgeben. Dem gegenüber wurde geltend gemacht, daß es sicher eine Härte sei, alle Realsteuern, also Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer voll zur Schulsteuer, welche doch eine direkte persönliche Last sei, heranzuziehen. Das Gewerbe aber voll heranzuziehen, erscheine nun deswegen am meisten mißlich, weil so Mancher ein Gewerbe treibe, ohne Gewinn daraus zu ziehen. Streiflichter wurden dabei in reicher Fülle auf die Besteuerung der Beamten und deren sogenanntes Privileggeworfen; allseitig brach sich allmälig die Anschauung Bahn, daß es billig sei, die Realsteuern zur Schulsteuer in geringerem Maße als die Personalsteuer heranzuziehen (ob dies nur mit einem Drittel oder mit der Hälfte zu geschehen habe, das wollte man nicht entscheiden), so daß man sich einstimmig zu dem Beschlusse einigte: „Die vorliegende Petition der Staatsregierung zur Erwägung dahin zu überweisen, ob nicht die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer zu einem geringeren Prozentsatz als die Personalsteuern als Unterlage für die Vertheilung der Schulsteuern heranzuziehen sein würden." Hervorzuheben ist noch, daß Seitens des Reg.-Kommiss. betont wurde, daß es seit 20 Jahren das Streben der Regierung sei, die Schul-Sozietäten zu entlasten und die Schullasten auf den Kommunal-Etat zu überführen, wogegen der Abg. Franz die Erhaltung der Schulsozietäten als ihm gar nicht unlieb erklärte, da so die Schulen ihren konfessionellen Charakter besser bewahren könnten. — Die Petition der Stadt Belzig, welche die Anordnung der Regierung, wonach die Stadtgemeinde zur Aufbesserung der dortigen Lehrergehälter einen Zuschuß von 1000 M. leisten soll, aufgehoben wissen will, wie die des Dr. Haacke und Genossen, des Lehrerkollegiums des Viktoria-Gymnasiums in Burg um Bewilligung des Wohnungsgeldzuschusses aus Staatsmitteln, wurden hier nicht geeignet für das Plenum erklärt, letztere, weil der Instanzenweg nicht inne gehalten war. Dagegen wurde die Petition kath. Familienväter der Stadt Krojanke um Aufhebung der dortigen Simultanschule von der Tagesordnung abgesetzt, um in Gegenwart eines Regierungs-Kommissars in materieller Hinsicht berathen zu werden. — Die Agrarkommission setzte die Berathung über die Hundesteuervorlage fort. Der § 3 bestimmt, daß die Hundesteuer als Kreissteuer von den Kreisen erhoben wird; § 4 bestimmt, daß mit der Einführung der Hundesteuer als Kreissteuer dieselbe in den zu dem Kreise gehörigen Gemeinden als Gemeindesteuer in Wegfall kommt. Die Kommission lehnte die Anträge, eine obligatorische Kreissteuer auf 3 bis 6 Mark zu normiren und allgemein, mit Ausnahme der Gutsbezirke, die Befugniß zu geben, neben der Kreissteuer eine Kommunalsteuer bis zur Gesammthöhe von 20 Mark zu erheben, ab. Die Kommission beschloß auf Antrag des Abg. v. Holtz, daß denjenigen Städten, welche die Hundesteuer eingeführt haben, und den Städten, welche bis zu dem gesetzlich bestimmten Termin dieselbe eingeführt haben würden, die Hundesteuer als Kommunalsteuer zu belassen. Der Kreis soll nur befugt sein, in den übrigen Gemeinden Hundesteuer nach Maßgabe dieses Gesetzes zu erheben, die Beträge jedoch zum Nutzen dieser Gemeinden zu verwenden. Die Kommissare der Regierung hatten sich gegen den Antrag erklärt. § 5, wonach die für Hunde von Militärs bezahlte Steuer für militärische Wohlthätigkeitszwecke an die Militärbehörden abzuführen ist, wurde angenommen.

— Die gestern Abend in der Börse zu Bremen abgehaltene Volksversammlung zur Besprechung der Tabaksmonopolfrage war von Tausenden besucht. Das Referat hatte Syndikus Dr. Barth übernommen. Die Resolution, welche nach kurzer Debatte von der Versammlung genehmigt wurde, hat folgenden Wortlaut:

1) Es ist auf das Tiefste zu beklagen, daß das Tabaksgewerbe durch stets aufs Neue vorgetragene Projekte einer höheren Belastung des Tabakskonsums in beständiger Beunruhigung gehalten und dadurch schwer geschädigt wird. 2) Es ist mit den wirthschaftlichen Interessen unvereinbar, daß das Tabaksmonopol, dessen Einführung in das deutsche Reich von der öffentlichen Meinung, vom Reichstage, vom Handelstage und von einer großen Anzahl einzelner wirthschaftlicher Korporationen auf das Unzweideutigste und zu wiederholten Malen verworfen ist, von der Reichsregierung immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird. 3) Die jetzt ausgearbeitete Vorlage enthält, kritisch geprüft, nur eine Bestätigung der politischen und wirthschaftlichen Verwerflichkeit des Tabaksmonopols. 4) Die völlige Nichtberücksichtigung der Schädigung Hamburgs und Bremens, welche in dem Entwurf wie in den dazu gehörigen Erläuterungen auch nicht mit einem Worte Erwähnung gefunden hat, zeugt nicht nur von einer durch nichts gerechtfertigten Mißachtung der beiden ersten Seehandelsstädte Deutschlands, sondern zugleich von einem bedauerlichen Verkennen hervorragender nationaler Interessen.

— Auch in Hamburg hat vorgestern Abend eine große Versammlung von Tabaksarbeitern sich entschieden gegen das Monopol ausgesprochen.

— Nach der vorläufigen Feststellung der Zölle und Verbrauchssteuern, welche die zum Zollgebiet des deutschen Reichs gehörigen Staaten für das 1. bis 3. Quartal des Etatsjahres 1881/82 an die Reichskasse abzuführen haben, kamen auf Einnahmen, an welchen sämmtliche Bundesstaaten theilnehmen, 226,951,229 Mark, davon an Zöllen 130,588,313 M., an Tabakssteuer 5,926,934 M., an Rübenzuckersteuer 64,680,556 M., an Salzsteuer 25,755,426 M. Die Einnahmen aus der Branntweinsteuer und der Uebergangsabgabe von Branntwein, an welchen Baiern, Würtemberg und Baden nicht theilnehmen, betrugen 26,631,298 M., dazu Brausteuer und Uebergangsabgaben von Bier, an welchen Baiern, Würtemberg, Baden und Elsaß-Lothringen keinen Theil haben, 10,985,376 M.; davon sind für das 1. und 2. Quartal abgeführt 192,984,587 Mark. Es bleiben demnach für das 3. Quartal noch abzuführen 71,589,925 Mark. — Die Einnahme an Spielkartenstempel betrug in demselben Zeitraume 691,472 M., wovon noch 269,743 M. für das 3. Quartal abzuführen sind. Für verkaufte Wechselstempelmarken und gestempelte Blankets sind aufgekommen 5,032,417.50 M., wovon nach Abzug des Antheils der Landesregierungen 4,931,769.50 M. der Reichskasse verbleiben. Die Einnahme für verkaufte Stempelmaterialien zur Entrichtung der statistischen Gebühr betrug 432,254 Mark. — Nach der Hauptübersicht der Einnahmen an Reichsstempelabgaben für Werthpapiere, Schlußnoten, Rechnungen und Lotterieloose im 3. Quartal des Etatsjahres 1881/82 betrug die Gesammtsumme dieser Abgaben 3,215,809 Mark. Nach Abzug der 2 pCt. Erhebungs- und Verwaltungskosten sind an die Reichskasse 3,151,493 Mark abzuführen.

— Wider deutsche Eisenbahnverwaltungen sind beim Reichs-Eisenbahnamt in der Zeit vom 1. Oktober bis Ende Dezember 1881 im Ganzen 71 Beschwerden aus dem Publikum eingelaufen. Von diesen beziehen sich 13 auf den Personenverkehr, 47 auf den Güterverkehr und 11 auf andere Gegenstände. Das Reichs-Eisenbahnamt hat von diesen Beschwerden für begründet erachtet 2, als unbegründet zurückgewiesen 12, auf den Rechtsweg verwiesen 1, wegen mangelnder Zuständigkeit der Reichsgewalt nicht zur Kognition gezogen 11; die übrigen 45 wurden zum größten Theile mit Rücksicht auf die darin behandelten Gegenstände zur direkten Erledigung an die zuständigen Eisenbahnverwaltungen abgegeben. Betroffen von Beschwerden sind überhaupt 19 Eisenbahnverwaltungen.

Frankreich.

Paris, 6. März. [Das Ministerium Freycinet hat in der Deputirtenkammer einen neuen Erfolg zu verzeichnen, der überdies dazu beitragen wird, die Popularität der neuen Regierung im Lande selbst noch zu erhöhen. Während Gambetta mit seinen Projekten betreffs des Listenkrutiniums, das, wie die „Nat.-Ztg." sagt, ein Universalheilmittel sein sollte, während es doch nur eine fixe Idee des ehemaligen Konseilpräsidenten darstellte, gerade die Empfindlichkeiten der einzelnen Gemeinden reizte, befriedigt das Ministerium Freycinet durch den Gesetzentwurf über die Maires beinahe alle lokalen Ansprüche. Die größeren Städte, welche nunmehr gleichfalls mit der Befugniß ausgestattet werden sollen, ihre Maires durch die eigenen Munizipalräthe ernannt zu sehen, begrüßen den Fortschritt der Gemeindefreiheit als eine bedeutsame Errungenschaft. So kann es denn auch nicht überraschen, daß soeben in der Deputirtenkammer für den Gesetzentwurf die Dringlichkeit bewilligt wurde. Mit 300 gegen 169 Stimmen wurde ferner ein Amendement genehmigt, wonach der Wahl der Maires durch die Gemeinderäthe nicht eine Erneuerung dieser Körperschaften, insoweit sie bei dem Gesetze betheiligt sind, vorangehen soll. Auch diese Lösung entspricht jedenfalls am besten den Wünschen der Bevölkerung. Abgelehnt wurde dagegen ein Amendement, welches darauf abzielte, das Mairesgesetz auch auf Paris selbst ohne Weiteres auszudehnen. Die Verhältnisse der französischen Hauptstadt sind in der That so eigenartige, daß es ausgeschlossen erscheinen müßte, die Frage bezüglich der Zentralmairie von Paris kurzweg zu erledigen, zumal es sich augenblicklich nur darum handelt, die Ernennung des Maire für diejenigen Gemeinden zu ordnen, wo eben nur ein einzelner Gemeindebeamte an der Spitze der städtischen Verwaltung steht. In Paris, wo jedes Arrondissement durch einen besonderen Maire administrirt wird, erscheint dagegen ein Spezialgesetz nothwendig. Die Dispositionen der Kammer für das letztere sind denn auch keineswegs ungünstig. Unter den Argumenten, welche sich besonders für eine Zentralmairie wirksam erweisen, verdient namentlich hervorgehoben zu werden, daß in allen Fragen, wo das hauptstädtische Interesse mit dem Staatsinteresse kollidirt, das erstere gegenüber dem Präfekten, als dem geborenen Vertreter der Staatsgewalt, nicht nachdrücklich genug wahrgenommen werden kann. Andererseits sind allerdings mit der Existenz eines einzigen Maire von Paris Erinnerungen verknüpft, durch die gerade die gemäßigten Elemente zur Vorsicht gemahnt werden müssen.

Italien.

Rom, 5. März. [Für die römisch-katholische Propaganda unter den orthodoxen Slawen der Balkanhalbinsel] finden wir einen neuen Beleg in einer römischen Korrespondenz der „Morning Post". Es heißt darin:

„Papst Leo XIII. hat an den Bischof von Diakovar, Dr. Stroßmayer, ein Schreiben gerichtet, worin er denselben ermuthigt, seine Bemühungen, eine Vereinigung zwischen der ostkatholischen und der römischen Kirche herbeizuführen, fortzusetzen. Leo XIII. hat vom Anfange seines Pontifikates an stets ein besonderes Interesse für die Ausbreitung und Vermehrung des katholischen Einflusses in den slawischen Provinzen gezeigt. Während der Kanonisirung der beiden

slawonischen Heiligen Cyrill und Methodius hat des Papstes Bruder, Kardinal Giuseppi Pecci, mir erklärt, es sei die Ansicht des Papstes, daß die Balkanprovinzen auf lange Zeit hinaus den Mittelpunkt wichtiger Ereignisse bilden würden, welche auf die Zukunft Europas einen wesentlichen Einfluß ausüben dürften. Dr. Stroßmayer ist dazu bestimmt, der ecclesiastische Skobjelew zu sein, der das Banner der römisch-katholischen Union in diesen Provinzen aufpflanzen wird. Die serbischen Bischöfe von Karlstadt, Zara und Kattaro, protestiren laut gegen Dr. Stroßmayer's Einfluß; der gelehrte Bischof von Diakovar ist jedoch beharrlich und sein Hirtenbrief hat die Zustimmung des päpstlichen Oberhauptes erhalten.

Rußland und Polen.

Petersburg, 6. März. [General Skobjelew] soll, wie der „Presse" telegraphirt wird, heute oder morgen um 1½ Uhr zur Audienz nach Gatschina kommen. Der Kaiser wird ihn wahrscheinlich auf einige Zeit auf seine Güter schicken. Staatssekretär Giers und Graf Ignatjew werden gleichzeitig bei der Audienz sein und soll Giers seine Satisfaktion erhalten, ohne daß es zu einer Krise kommt.

Daß Ignatjew durchaus bereit ist, Skobjelew für den Moment zu verleugnen, wurde bereits vorausgesagt. Es scheint einzutreffen, wenigstens schlägt die „freiwillig Ignatjew'sche" Petersburger „Nowoje Wremja" in einem neuen Artikel einen ganz anderen Ton an, der gegen das deutsche Reich, gegen „Germanien" nicht mehr kriegerisch gefärbt ist. Suworin, der Freund Ignatjew's und geistiger Leiter der „Now. Wr.", bringt nämlich in seinem Blatte vom 4. d. unter dem Pseudonym Nesnakomez eine politisch-feuilletonistische Auslassung, in welcher es u. A. heißt:

Er, der Verfasser, sei Petersburg, der „Stadt der Gerüchte", müde, nach Moskau, der „Stadt der Ruhe und russischen Philosophie", gereist. Er trifft im Coupe einen angesehenen Moskowiten, der, nachdem derselbe gründlich über Petersburg raisonnirt hat, zur Politik übergeht und für „ein Bündniß zwischen Rußland und Germanien" plaidirt. Die erstaunte Frage des Herrn Nesnakomez: „Was, Sie sind für ein Bündniß mit dem Deutschen (Nemez)?" beantwortet der Moskowite: „Nicht mit dem Deutschen (Nemez) sondern mit „Germanien" das ist nicht ganz dasselbe. Nemez ist einfach die Uebertragung des alten Wortes Bassurman (alles was Rußland Feind war: Türken, Tartaren u. s. w.) ins Moderne. Alles, was dem Russen am Ausländer antipathisch ist, alles Fremde, mit dem der Russe sich nicht befreunden kann oder will. Alles Fremdländische, das mit dem Russen konkurrirt, ihn exploitirt — Alles dieses ist im „Nemez" enthalten! Alles dieses umfaßt das eine Wort „Nemez" seit der Zeit Peter des Großen. Der „Bassurman" verschwand aus dem Gebrauch, an seine Stelle trat der „Nemez". Germanien — so sagt der Moskowiter weiter — bedeutet nicht ganz dasselbe und mit Deutschland sollen wir nicht nur in Frieden, sondern auch im Bündniß leben. Verstehen Sie mich recht: mit Germanien und mit den Germanen! Was sollen wir mit Germanien theilen? Wir haben nichts was wir theilen könnten. Selbst die Ostseeprovinzen werden sich nicht gerne Germanien anschließen, geschweige denn die Polen. Da wir nichts zu theilen haben, so haben wir auch keinen Grund zu einem Kriege. — Aber der Drang nach Osten? Glauben Sie mir, das sind leere Phrasen! Wenn Germanien uns besiegte, wäre das wohl der letzte Sieg, so viele Anstrengungen würde der Sieg kosten. Siegten wir, würden wir nichts gewonnen haben, denn wir haben nichts im Westen zu suchen und müßten das, was wir im Westen eroberten, früher oder später wieder herausgeben. Es wäre nichts, als reines Blutvergießen. Ich behaupte nicht, daß wir die Herzensfreunde Germaniens sein können. Wir können aber unser Nachbarreich achten und von demselben dieselbe Achtung verlangen. Wir sind gleich stark. Wenn aber zwei gleich starke Staaten sich bekämpfen, so heißt das nur unnütz Kräfte vergeuden und schadenfrohen Nachbarn die Gelegenheit geben, aus dem Streit Vortheile zu ziehen. Leute, die gleich stark sind, haben um sich Personen zu gruppiren, die weniger stark sind, nicht aber sich gegenseitig zu bekämpfen. Das ist meine Meinung."

Zum Schluß erklärte der Moskowite noch, das er unter dem Ausdruck „Germane" in erster Linie den Protestanten verstehe.

[Berichtigung.] In dem Artikel unseres gestrigen Morgenblattes: „Der letzte Nihilistenprozeß Trigonja" soll es (Zeile 6 von oben) statt: Die Nihilisten sind allerdings . . . . heißen: Das Gros der Nihilisten 2c.

Serbien.

[Die Proklamirung Serbiens zum Königreich] scheint nirgends größeren Sympathien begegnet zu sein, als in Wien. Die Aufnahme, welche die Nachricht von der Proklamirung des Fürsten Milan zum Könige dort gefunden, ist eine eben so günstige als freundliche. Es erklärt sich dies nicht nur aus den guten serbisch-österreichischen Beziehungen, sondern speziell daraus, daß dieser Schritt unter einer Regierung erfolgt, der einerseits eine loyale Haltung Oesterreich gegenüber nachgerühmt werden muß und die andererseits stets bemüht war, den chauvinistischen Bestrebungen entgegen zu treten. Es kann also der Erhebung des Fürsten Milan zum Könige keine Deutung gegeben werden, die der ruhigen, von Serbien beobachteten Politik zuwiderliefe. Eine höhere politische Bedeutung ist der Umwandlung Serbiens in ein Königreich wohl kaum beizumessen, als jene gewesen, die dem gleichen Schritte Rumäniens beigelegt worden. Und wie die Ereignisse zeigten, hat sich auch in Rumänien, seitdem Fürst Karl die Königskrone trägt, nichts geändert. Nicht zu unterschätzen ist aber der sich in dieser Umwandlung ausdrückende Wunsch, der Unabhängigkeit und Selbständigkeit einen prägnanteren Ausdruck zu geben. Er beweist, daß die Bevölkerungen von dem Streben beseelt sind, die Stellung, die diese Länder durch die Neugestaltung der orientalischen Verhältnisse errungen haben, zu befestigen. Hierin liegt aber auch zugleich eine Bürgschaft dafür, daß von außen kommende Agitationen, deren Erfolg nur zu einer Beeinträchtigung der unabhängigen Stellungen führen könnte, welche die Balkanstaaten erlangt haben, in diesen nicht mehr jenen Boden finden können, wie ehedem. Das Verhältniß des neuen Königsreichs zu Oesterreichs zeigt auch thatsächlich, daß sich Serbien von den Einflüssen des unter der Maske des Panslawismus auftretenden Panrussenthums auch fernerhin frei halten will. Dies spiegelt sich auch schon in der Presse Rußlands wieder, deren Aeußerungen der petersburger Korrespondent der „Vossischen Ztg." telegraphisch mittheilt. Die „Nowosti" finden den Zeitpunkt für die Königsproklamation sehr unpassend gewählt, weil es viel wichtiger wäre vorerst die große ökonomische und politische Krisis zu überwinden. In der Krisis befinden sich nämlich die Brüder in der Herzegowina; wenn die Serben zu deren Befreiung mitgewirkt, wäre Zeit an die Rangerhöhung zu denken. Die „Nowoje Wremja" sucht wenigstens die Sache so zu drehen, daß noch einiges Kapital gegen Oesterreich herausgeschlagen wird. Sie billigt es, daß Milan durch die Skupschtina zum Könige proklamirt wurde, weil es besser wäre König von Volkes Gnaden, als von Europas Gnaden zu sein, und hofft, der Königstitel werde eine kräftigere Schutzmauer gegen die österreichischen Intriguen bilden. Nun müsse Serbien die letzten Spuren der Erinnerung an die Zeit des Vasallenthums ausrotten. Nach diesen Aeußerungen des freiwillig gouvernementalen Blattes zu schließen, ist Ignatjew von der Rangerhöhung Serbiens nicht erbaut; und das ist mit ein Grund, daß sie in Konstantinopel mit Wohlgefallen betrachtet wird. — Die engische Presse — so telegraphirt der Londoner Korrespondent des „Berl. Tagebl." — betrachtet die Erhebung Serbiens zum Königreich als ein großes politisches Ereigniß und als eine endgültige Garantte für die Unabhängigkeit Serbiens von allen Großmächten. Besonders wichtig sei das Ereigniß für Oesterreich, dessen Anerkennung Milans als König die Bedeutung hat: alle Gefahr einer Wiederholung der Ereignisse des Jahres 1876 in Serbien sei beseitigt. Und dies sei im Interesse des allgemein europäischen Friedens sehr erwünscht.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 8. März. Die Kirchengesetzkommission nahm die konservativen Anträge zu den drei ersten Paragraphen im Wesentlichen an und lehnte das ganze Gesetz mit allen gegen die Stimmen der Konservativen ab. Das Zentrum stimmte dagegen.

Petersburg, 8. März. Anläßlich des Artikels der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" bemerkt das „Journal de St. Petersbourg", bei der Revision des Zolltarifs sei man bemüht, Alles zu vermeiden, was die Handelsbeziehungen Rußlands zu verschiedenen Ländern hemmen könne. Das Journal könne versichern, Deutschland werde keinen Grund zur Klage haben; es handle sich um Artikel, welche Deutschland nicht produzire. Uebrigens verspreche man sich von der Revision des Zollreglements ernste Ergebnisse zur Erleichterung des internationalen Handelsverkehrs und Verringerung der Kontrebande.

Petersburg, 8. März. Das „Journal de St. Petersbourg" stellt die Hypothese auf, das die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hinsichtlich der angeblichen Rede Skobjelew's in Warschau wohl geirrt habe, da selbst der Zar die Authentizität derselben bezweifle. (Sämtliche wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung".

↗ **Berlin**, 8. März, Abends 7 Uhr.

Das **Abgeordnetenhaus** erledigte eine Reihe von Petitionen ohne allgemeineres Interesse und überwies eine Petition wegen Aufbesserung der Lehrergehälter der Regierung als Material.

Der Kultusminister erklärte, die Regierung behalte die Lage der Lehrer unverändert im Auge, könne aber, bevor nicht eine allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter beschlossen sei und das Verwendungsgesetz vorliege, eine isolirte Behandlung nicht empfehlen.

Das Abgeordnetenhaus überwies den Antrag Stengel betreffend die Heranziehung der juristischen Personen zu den Gemeindeabgaben in den Landgemeinden der sieben Ostprovinzen und Schleswig-Holstein's mit den dazu gestellten weiteren Anträgen an die Gemeindekommission. Morgen zweite Lesung der Eisenbahnvorlage.

Der permanente Ausschuß des Volkswirthschaftsraths berieth die Monopolvorlage. Der Antrag Mewissen, zu beschließen, daß eine höhere Besteuerung des Tabaks erforderlich sei, wird zurückgezogen. Der Berichterstatter v. Nathusius hebt hervor, das Plenum habe fast einstimmig die Nothwendigkeit einer höheren Besteuerung anerkannt, nur über die Form beständen Meinungsverschiedenheiten; er befürworte die Annahme des Entwurfs. Heimendahl empfiehlt eine Fabrikatsteuer, die auch als Uebergang zum Monopol geeignet sei. Schöpplenberg und Leyendecker sprachen sich gegen das Monopol aus.

Der permanente Ausschuß des Volkswirthschaftsraths resolvirte mit allen gegen drei Stimmen, daß der Tabak einer ausgiebigeren Besteuerung zu unterwerfen sei, nahm sodann den § 1 der Monopolvorlage mit 16 gegen 7 Stimmen an, ebenso die §§ 2—6.

In einem Artikel unter der Ueberschrift „Monopol und Botschaft" sagt die „Provinzial-Korrespondenz": Eine ergiebige Quelle zu gewinnen, um nach des Kaisers Wort die Regierung in den Stand zu setzen dafür eine drückende direkte Landessteuer zu beseitigen und die Gemeinden von den Armenlasten, den Schullasten und den leidigen Zuschlägen zu anderen drückenden Abgaben zu befreien, sei allein das Ziel des Kanzlers. Alle, welche die gedeihliche Entwickelung des Reiches und der einzelnen Staaten wollen, sollen dies Ringen und Streben unterstützen, wenigstens unbefangen und wohlwollend die Vorlage prüfen. Im Volkswirthschaftsrath sei bereits eine ruhige Auffassung dieses Strebens zur Geltung gelangt. Bezüglich der kirchenpolitischen Vorlage bemerkt die Korrespondenz: Wie auch die Dinge sich entwickeln werden, die Hoffnung ist zunächst nicht aufzugeben, daß aus den gegenwärtigen Berathungen sich ein positives, dem Wohlwollen der Staatsregierung für die katholischen Unterthanen entsprechendes Resultat ergeben werde. Das Maß, in welchem dem Interesse der Katholiken genügt wird, hängt in erster Linie von den Parteien und ihrem Bedürfnisse oder der Möglichkeit sich zu diesem Zwecke zu einigen, ab.

München, 8. März. Die Kammer nahm nach längere Debatte, woran sich auch der Kultusminister betheiligte, den Antrag auf Auslegung der Tegernsee'er Erklärung mit 80 gegen 71 Stimmen an.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Die kürzlich in A. Hartleben's Verlag in Wien erschienene, in Farben gedruckte Spezialkarte des Operations-Gebietes in Süd-Dalmatien und der Herzegovina, nebst Montenegro (40 Pf.) ist jetzt durch eine, sich im Norden genau anschließende Spezialkarte des Insurrektions-Schauplatzes von Bosnien und der Herzegovina (Preis 60 Pf.) im gleichen Maßstabe 1 : 325,000 ergänzt worden, wodurch nunmehr das ganze Insurrektions-Gebiet in übersichtlicher und zuverlässiger Form kartographisch dargestellt ist. Eine Vereinigung dieser beiden Blätter, aber in etwas kleinerem Maßstabe (1 : 450,000) bietet A. Hartleben's Verlag in Wien, in einer prächtig ausgeführten Generalkarte des gesammten Insurrektions-Gebietes in Bosnien, der Herzegovina und Süd-Dalmatien nebst den angrenzenden Ländern (Preis nur 60 Pf.) und hat auch für diese, das die Orientirung unterstützende Flächenkolorit gewählt. — Zur Orientirung über die Kriegs-Ereignisse seien unseren Lesern wiederholt bestens empfohlen: „Die Ereignisse und Operationen in Süd-Dalmatien (Crivoscie, Bocche di Cattaro) und in den angrenzenden okkupirten Ländern Herzegovina und Bosnien." I. C. Th. Fockt: Schilderung des Landes und Volkes und Vorgeschichte des Aufstandes. 5 Bogen. Oktav. Mit 2 Karten und 12 Abbildungen. Preis 60 Pf. II. Moritz B. Zimmermann: Beginn der Operationen und Vormarsch der k. k. Truppen. 5 Bogen. Oktav. Mit 2 Karten und 10 Abbildungen. Preis 60 Pf., beide Werkchen ebenfalls aus A. Hartleben's Verlag in Wien, welche Firma die Insurrektions-Ereignisse durch Wort und Karten unausgesetzt verfolgen wird.

Locales und Provinzielles.

Posen, 8. März.

— [Die Bromberger Handelskammer] hat auf den bekannten Ministerial-Erlaß vom 30. November 1881 und die Verfügung vom 17. Dezember 1881 nunmehr auch geantwortet. Indem sie auf die sachlichen Wünsche des Handelsministers eingeht, protestirt sie doch gegen dessen Berechtigung, das Gewünschte den Handelskammern aufzuerlegen, insbesondere wird gegen Punkt 4 des Erlasses Einspruch erhoben. Die Antwort lautet nach kurzer Einleitung wie folgt:

„Betreffs des ersten Punktes (des Erlasses) legt uns das Gesetz in § 32 die Verpflichtung auf, an den Herrn Handelsminister über Lage und Gang des Handels alljährlich zu berichten, und ordnet in § 27 die fortlaufende Mittheilung von Auszügen aus unseren Berathungsprotokollen an die Handel- und Gewerbetreibenden unseres Bezirks, nirgends aber die abschriftliche Mittheilung unserer Protokolle an den Herrn Minister an. Wir können also eine Verpflichtung zu solcher Mittheilung nicht anerkennen. Wir halten aber die gewünschte Maßregel für zweckmäßig und werden deshalb dem Verlangen des Herrn Ministers sehr gern entsprechen. Aus der Vergleichung der Protokolle mit unseren Jahresberichten wird hervorgehen, daß diese Berichte auf ruhiger Beurtheilung der thatsächlichen Verhältnisse beruhen und nicht beeinflußt sind von theoretischen Anschauungen über die Vorzüge der verschiedenen Volkswirthschaftslehren. Für ebenso zweckmäßig erachten wir die Oeffentlichkeit unserer Sitzungen. Sie wird bei dem Publikum dieselben Wirkungen hervorrufen, welche wir bei dem Herrn Minister durch Einreichung unserer Protokolle zu erzielen hoffen, überdies ein regeres Interesse an Handel und Gewerbe in denjenigen Kreisen der Bevölkerung hervorrufen, welche bisher geneigt waren, die staatliche Bedeutung gewerblicher Thätigkeit zu unterschätzen. Wir werden einen formellen Beschluß über die Oeffentlichkeit unserer Verhandlungen herbeiführen, auch dem Herrn Minister darüber berichten und der königlichen Regierung gemäß § 32 Absatz 3 des Gesetzes vom 24. Februar 1870 davon Mittheilung machen. Den in § 32 des Gesetzes vorgeschriebenen Endtermin zur Einreichung der Jahresberichte an den Herrn Minister werden wir innehalten. Betreffs der Veröffentlichung der Berichte bemerken wir ergebenst, daß der § 27 des Handelskammergesetzes uns anweist, am Schlusse jeden Jahres den Handel- und Gewerbtreibenden unseres Bezirkes eine Uebersicht von unserer Wirksamkeit und von der Lage und dem Gange des Handels und Gewerbes, sowie summarisch von unseren Einnahmen und Ausgaben durch die öffentlichen Blätter Kenntniß zu geben. Dieser Bericht ist unseres Erachtens nicht identisch mit dem gemäß § 32 bis Ende Juni dem Herrn Minister zu erstattenden Berichte. Nur auf diese letzteren Berichte kann sich deshalb unseres Erachtens das Verbot des Herrn Ministers beziehen, dieselben vor Ablauf von 4 Wochen nach ihrer Einreichung bezw. ohne Aufnahme etwaiger Berichtigungen zu veröffentlichen. Wird diese Anschauung gebilligt, so werden die Interessen der Handel und Gewerbe treibenden Bevölkerung durch diesen vierten Punkt des Ministerialerlasses vom 30. November 1881 nicht berührt. Unsere unmittelbare Anschauung erhält alsdann in dem am Jahresschlusse zu veröffentlichenden Berichte einen getreuen Abdruck, und die etwa abweichende Ansicht des Herrn Handelsministers erfährt in dem zweiten bis Ende Juni einzureichenden, mit den etwaigen Berichtigungen bis Ende Juli zu veröffentlichenden Berichte die gebührende Berücksichtigung. Falls aber der Herr Minister davon ausgehen sollte, daß der in § 27 erwähnte mit dem gemäß § 32 einzureichenden Berichte identisch ist, so daß keinerlei Veröffentlichung zulässig wäre, bevor nicht die vierwöchentliche Frist zur Entgegennahme der Berichtigung verstrichen wäre, oder die eingehende Berichtigung mit veröffentlicht würde — falls dem Erlasse diese Bedeutung beizumessen wäre, so dürfte uns gestattet sein, Einspruch dagegen zu erheben. Nach § 1 des Gesetzes vom 24. Februar 1870 haben wir die Gesammtinteressen der Handel- und Gewerbetreibenden unseres Bezirks wahrzunehmen, insbesondere die Behörden in der Förderung des Handels und der Gewerbe durch thatsächliche Mittheilungen, Anträge und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Wir sind also die Vertreter der handel- und gewerbetreibenden Bevölkerung eines bestimmten geographischen Bezirks. Wir haben deren Interessen wahrzunehmen, und dazu ist es erforderlich, daß wir in unseren Berichten, Anträgen und Gutachten unserer freien Ueberzeugung folgen, daß neben derselben keine andere Anschauung und Ueberzeugung darin Platz finde, daß namentlich nicht die etwa abweichenden Anschauungen und Ueberzeugungen der Staatsbehörden Aufnahme finden. Nach dem zitirten § 1 des Gesetzes sollen die Behörden durch unsere Gutachten, nicht wir durch behördliche Aeußerungen unterstützt werden. Dieses Verhältniß wird aber unklar, wenn Punkt 4 des quest. Erlasses ins Leben tritt. Wenn gemäß § 1 unser Gutachten zur Unterstützung der Staatsbehörden dienen soll, so kann dasselbe keiner Zensur der zu unterstützenden Behörde unterliegen. Eine Berichtigung ist aber entweder Zensur oder Parteischrift, und auf das Niveau einer solchen darf unseres Erachtens eine ministerielle Mittheilung nicht herabgedrückt werden. Wir stellen deshalb ganz ergebenst anheim, in diesem Sinne an den Herrn Handelsminister gefälligst zu berichten. Schließlich bemerken wir ergebenst, daß der Schlußsatz der Verfügung vom 17. Dezember 1881, in welcher wir angewiesen werden, die besprochenen vier Punkte zu beachten, unseren Dafürhaltens mit derjenigen Stellung unvereinbar ist, welche das Gesetz vom 24. Februar 1870 der königlichen Regierung uns gegenüber anweist."

— **Provinzial=Landtagswahl.** Gestern fand in Schroda die Wahl zum Provinzial=Landtage für die bäuerlichen Besitzer der Kreise Pleschen, Wreschen, Schrimm und Schroda statt. Die polnischen Wähler, welche in den gen. Kreisen überhaupt in der Mehrzahl vorhanden sind, hatten sich sehr zahlreich eingefunden. Gewählt wurde zum Provinzial=Landtagsmitgliede Rittergutsbesitzer v. Broekere=Kamin und zu stellvertretenden Provinzial=Landtagsmitgliedern die Besitzer Lewicki=Przepadly Mlyn (?) und Kunce=Brzeglin, sämmtlich Polen.

=Kp= **Festbankett.** Zu Ehren der Herren Medizinalrath Dr. Rehfeld und Generalarzt a. D. Dr. Massalien, welche am 25. Februar und am 5. März d. J. ihren 70sten Geburtstag in voller Kraft und Frische gefeiert haben, veranstaltete der Verein Posener Aerzte am Dienstag Abend (den 7. d. M.) in Buckow's Hotel de Rome ein großes Festbankett. Nachdem die Jubilare unter den Klängen des Meyerbeer'schen Krönungsmarsches auf den blumenbekränzten Lehnsesseln Platz genommen und ein ernstes, der Feier würdiges Lied gesungen worden war, hielt der stellvertretende Vorsitzende die Festrede, welche mit einem Hoch auf die zu Feiernden schloß. Diesem folgte der Vortrag eines Festgrußes in dichterischer Form durch einen anderen Kollegen, worauf der Schriftführer der Glückwunsch=Adressen, welche den genannten Herren an ihren Geburtstagen durch den Vorstand des Vereins überreicht worden waren, gedachte, und auf das Gedeihen des Vereins toastete. Mit dem Trinkspruch auf die Gattinnen und die Familien der beiden Ehrengäste, welche der hiesige Herr Regierungs=Medizinalrath ausbrachte, war die Reihe der offiziellen Reden geschlossen. Musikalische Vorträge wechselten ab mit sinnigen und launigen Trinksprüchen, ernsten und heiteren Ansprachen, welche sich größtentheils auf die Jubilare, den Verein und die ärztliche Kunst bezogen. An diesem seltenen und schönen Feste, welches lange bis nach Mitternacht dauerte, hatten sich nicht nur sämmtliche Mitglieder des Vereins betheiligt, mit Ausnahme eines Einzigen, welcher durch Krankheit verhindert war, zu erscheinen, sondern es waren auch mehrere Herren eigens von außerhalb hereingekommen, um den Jubilaren ihre große Freude und Hochachtung aussprechen zu können. Zu erwähnen ist noch, daß außer den beiden siebziger Herren noch ein zweiundsiebziger — Herr Sanitätsrath Dr. Pauly — anwesend war, welcher gleichfalls einen Ehrenplatz inne hatte und auch von allen Seiten gefeiert wurde. Mögen ähnliche Feste im Verein sich noch recht häufig wiederholen.

— **Der Konsistorialpräsident v. d. Gröben** ist gestern von seiner Reise nach Rawitsch zurückgekehrt.

— **Frhr. v. Steinäcker,** Oberst=Lietenant à la suite der Armee und Eisenbahn=Linien=Kommissar in Posen ist in Genehmigung seines Abschieds=Gesuches als Oberst mit Pension und der Uniform des Kaiser Alexander Garde=Grenadier=Regiments Nr. 1 zur Disposition gestellt worden.

— **Anstellung.** Der Mittelschullehrer Brendel in Posen ist als ordentlicher Lehrer an der königlichen Luisenstiftung in Posen angestellt worden.

— **Ein früherer Schüler des verstorbenen Professor Dr. Tiesler,** Pastor in Königswinter, hat dem Friedrich=Wilhelms=Gymnasium eine vortreffliche Photographie des Hingeschiedenen geschenkt. Dieselbe stammt aus dem Atelier des Herrn Engelmann in Posen.

— **Standesbeamte.** Der Oberpräsident hat A. im Kreise Pleschen: 1) den Bürgermeister Gabler, den Beigeordneten Straßburg, die Rathsherren Rechtsanwalt von Bröckere, H. Joseph und J. Michelsohn, sowie den Translateur Pfennig, sämmtlich zu Pleschen, zu Stellvertretern des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Pleschen, Landbezirk, und zwar den Translateur Pfennig an Stelle des Regierungs=Zivil=Supernumerars Rabura zu Pleschen, 2) den Translateur Pfennig zu Pleschen zum Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Pleschen, Stadtbezirk, vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs ernannt, 3) genehmigt, daß der Bürgermeister zu Pleschen dem interimistischen Stadtsekretär Jewasinski daselbst die Stellvertretung des Standesbeamten für den Stadtbezirk Pleschen übertragen hat. — B. Im Kreise Wreschen: 1) den Beigeordneten Einicke zu Wreschen zum Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Wreschen, Landbezirk, und 2) das Magistratsmitglied Hoffmann zu Miloslaw zum Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Miloslaw, Landbezirk, widerruflich ernannt und gleichzeitig genehmigt, daß 3) der Gemeinde=Vorsteher zu Wreschen dem Stadt=Sekretär Suszczynski daselbst die Geschäfte eines Stellvertreters des Standesbeamten im Stadtbezirk Wreschen und 4) der Gemeindevorsteher zu Miloslaw dem Stadtsekretär Werft daselbst die Geschäfte eines Stellvertreters des Standesbeamten im Stadtbezirk Miloslaw übertragen hat. — C. Im Kreise Kröben: 1) den Apotheker Glatzel und den Hauptlehrer Lukowski, beide zu Kröben zu Stellvertretern des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Kröben Stadt, an Stelle des verzogenen Kämmerers Haake widerruflich ernannt und genehmigt, daß 2) der Bürgermeister von Gostyn dem Gemeindeeinnehmer Zachert daselbst die Stellvertretung des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Gostyn Stadt übertragen hat. — D. Im Kreise Kosten: Den Postverwalter Niklewicz zu Wielichowo an Stelle des kommissarischen Bürgermeisters Tietz, welcher jetzt das Distriktsamt in Dobrzyca verwaltet, zum Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Wielichowo Land widerruflich ernannt. — E. Im Kreise Fraustadt: an Stelle des verstorbenen Kämmerers Schmidt zu Lissa den Stadtsekretär Peikert daselbst zum Stellvertreter des Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Lissa, Stadt, widerruflich ernannt.

th. **Stadttheater.** Vor einem fast verödeten Hause hatte Sonnabend vor 8 Tagen das Ehepaar Thomas=Damhofer sein Gastspiel eröffnet, um es bei fort und fort steigender Antheilnahme des Publikums bis zu ausverkauften Häusern zu bringen. Das gestrige 6. und letzte Auftreten fand wie das damals eröffnende in Mannstädt's Posse „So sind sie Alle" statt, gestern wie damals namentlich auch durch die reichen Einlagen die Lachlust auf das Höchste reizend, gestern allerdings unter handgreiflicher Erkenntlichkeit eines alle Ränge durchdröhnenden Beifallsjubels. Eine kurze Ansprache des Herrn Thomas an das Publikum stellte eine baldige Wiederholung eines Gastspiels in Aussicht, welches nach allen Vorerlebnissen seitens des Publikums gewiß auch seinerseits die besten Aussichten bieten dürfte.

r. **Im kaufmännischen Verein** rezitirte am 7. d. M. im Saale des Vereins für Geselligkeit vor einem sehr zahlreichen Auditorium Herr Albert Weltzien, großherzogl. oldenburgischer Hofschauspieler und Mitglied des Vereins zur Pflege klassischer Bühnenliteratur in Leipzig, Schiller's „Wilhelm Tell" vollkommen frei aus dem Gedächtniß (ohne Buch oder Souffleur). Die Rezitation, welche mit einigen kleinen Zwischenpausen von 8¼ bis gegen 11 Uhr Abends dauerte, und schon als Beweis eines eminenten Gedächtnisses bewundernswerth erschien, war auch in künstlerischer Beziehung eine sehr wohlgelungene. Der Rezitator, eine sympathische Erscheinung mit wohlklingender Stimme und deutlichster Aussprache, verstand es, die einzelnen Rollen nicht bloß durch sein der Modulation außerordentlich fähiges Organ, sondern auch durch Mienen und Gesten vollkommen dramatisch zu gestalten, was natürlich besonders in den personenreichen Szenen seine großen Schwierigkeiten bot; doch wurden diese Schwierigkeiten von dem Rezitator glücklich überwunden. Das Auditorium lohnte die vorzügliche Leistung sowohl in den Zwischenpausen, wie hauptsächlich nach dem Schlusse mit lebhaftestem Beifall.

r. **Das 7. Bundesschießen,** welches von dem Mitteldeutschen und Brandenburgischen Provinzial=Schützenbunde in diesem Jahre veranstaltet wird, findet in Berlin in den Tagen vom 11. bis 18. Juni statt. Das Zentral=Komite für dieses Provinzial=Bundesschießen, sowie der Vorstand der berliner Schützengilde haben einen Aufruf an alle deutschen Schützen und Schützenbrüder gerichtet, in welchem sie zu recht zahlreicher Betheiligung an demselben auffordern und dabei die Versicherung geben, daß sie Alles aufbieten werden, das Fest der Reichs-Hauptstadt würdig zu gestalten und allen Fest=Theilnehmern recht vergnügte Tage zu verschaffen. Der Festplatz wird groß, die Einrichtung in der Fest= und Schießhalle (letztere mit 50 Scheibenständen auf 175 und 300 Meter Distance) praktisch und bequem sein, und es darf auch mit Zuversicht ein gut besetzter Gabentempel in Aussicht gestellt werden. Recht zeitige Anmeldung behufs Versendung der Festkarten, Vermittelung der Wohnung und Vorbereitung des Empfanges bei korporativem Erscheinen wird besonders erbeten. Anfragen und Korrespondenzen in Angelegenheit des Bundesschießens sind an das „Zentral=Komite für das 7. Mitteldeutsche und 7. Brandenburgische Provinzial=Bundesschießen zu Händen des Gilde=Sekretärs Herrn L. Kiepe, Berlin, Linienstraße 5", zu richten.

— **Zurückgewiesene Petition.** Eine von protestantischen Einwohnern des Dorfes Glisnica im Kreise Adelnau an den Kultusminister eingegangene Petition um Aufhebung der dortigen Simultanschule ist abschläglich beschieden worden. Die betreffenden Protestanten sind polnischer Nation und spielen mit den Katholiken des Ortes unter einer Decke. Die Petition hat lediglich antideutsche Tendenzen und ist wohl die Folge von Verhetzung. Die „Germania", welcher wir die Notiz entnehmen, jammert natürlich sehr über den Bescheid des Kultusministers.

— **Der vierte Kongreß polnischer Naturforscher und Aerzte** wird im September des kommenden Jahres hier in Posen zusammentreten. Seine Versammlungen finden bekanntlich periodisch von 3 zu 3 Jahren statt. Das mit der Vorbereitung zu dem Kongresse beauftragte hiesige Lokalkomite ist bereits konstituirt. Zum Vorsitzenden ist Sanitätsrath Dr. Matecki, zum Schriftführer Dr. Swiencicki, zum Schatzmeister Dr. Jarnatowski gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind: für die medizinische Abtheilung Sanitätsrath Dr. Kaczarowski, für die ökonomische Abtheilung Graf Engeström; Gehilfen derselben: Redakteur Franz Dobrowolski, Fabrikbesitzer Cegielski und Redakteur Koszutski, für die naturwissenschaftliche Abtheilung Dr. Szafarkiewicz; Gehilfen: Dr. Kusztelan und Dr. Swiencicki. Der Vorstand tritt von nun an alle vier Wochen im Bazar zusammen.

— **Der Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend,** bekannt unter dem Namen „Marcinkowski=Verein", hielt gestern seine diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende des Vereins, Prof. Dr. Rymarkiewicz eröffnete die Versammlung, zu deren Vorsitzenden Herr Ladislaus v. Bentkowski ernannt wurde. Aus dem vom Vereinssekretär, Oberlehrer Dr. Wituski erstatteten Rechenschaftsberichte ist Folgendes zu entnehmen: Dem Vereinsfonds sind im vergangenen Jahre zugeflossen durch Schenkungen: der verstorbenen Frau Josefa Szymanska und Pauline Kwasniewska 1500 M., des Geistlichen Janke aus dem Nachlasse des Prälaten Grandke 3000 M., des verstorbenen Probstes Danielski 1000 M., des Herrn Stanislaus v. Kozmian aus dem Nachlasse des verstorbenen Prälaten von Kozmian 600 Mark, des ehemaligen Seminar = Direktors Kubowicz 600 M., eines ehemaligen Stipendiaten, welcher nicht genannt zu werden wünscht, 1500 M., der verstorbenen Frau Katharina Jerzykowska 300 M., des Komites, welches sich gebildet hatte, um bei Gelegenheit des 25jährigen Dienstjubiläums des Gymnasiallehrers Szenic zu dem gedachten Zwecke einen Fonds zu sammeln, 700 M., und der Frau Theophila v. Sikorska 1500 M. Die sonstigen Einnahmen betrugen im vergangenen Jahre 45,459,39 M., die Ausgaben dagegen 45,791,12 Mark Speziell haben beigetragen die Kreise: Bomst 269 Mark, Buk 1049,60 Mark, Bromberg 137 M., Kolmar 345,50 M., Czarnikau 427 M., Gnesen 1369,20 M., Inowrazlaw 1105,50 M., Kosten 1100 M., Kröben 1018,46 M., Krotoschin 327 M., Birnbaum 459,90 M., Meseritz 55 M., Mogilno 411,85 M., Obornik 590,50 M., Adelnau 1202,75 M., Schildberg 839,8 M., Pleschen 1161,75 M., Posen 800,50 M., Schroda 853,50 M., Schrimm 1734 M., Samter 1099 M., Schubin 727 M., Wongrowitz 1231 M., Wreschen 929,25 M., Fraustadt 717 M., Wirsitz 289,30 M., die Stadt Posen 3361,50 M. — Unterstützt wurden 107 Stipendiaten, die sich für verschiedene Lebensstellungen vorbereiten. Während der Verhandlungen wurde der Wunsch ausgesprochen, daß ganz besonders denjenigen jungen Leuten, die sich einem gewerblichen oder sonst einem praktischen Berufe widmen, Stipendien zugewendet werden. Die Versammlung beschloß, an den Kultusminister wegen der gegen den Verein ausgesprochenen Beschuldigung, daß derselbe polnische Bestrebungen im Auge habe, ein Schreiben zu richten, in welchem diese Beschuldigung bestritten werden soll. Als Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt: Arzt Dr. Matecki, Prälat Lic. Likowski, Justizrath Szuman; neugewählt wurde Rittergutsbesitzer Adolf v. Koczorowski=Dembno. — Die Versammlung war besonders von polnischen Geistlichen aus der Provinz sehr stark besucht. Nachträglich fügen wir noch hinzu, daß das Vereinsvermögen, welches ultimo 1880 125,660 Mark in Werthpapieren und 13,371,59 Mark in baarem Gelde bestand, nunmehr auf 133,830 Mark in Werthpapieren und 13,039,86 Mark in baarem Gelde angewachsen ist, so daß das Gesammtvermögen des Vereins sich auf 146,869,86 Mark gegen 139,031,59 M. des Vorjahres beträgt. Von den Stipendiaten bilden sich auf Hochschulen vor und zwar auf der Universität zu Breslau 7 für das philologische Fach, 4 für Mathematik und Naturwissenschaften, 2 für Jura, 6 für das medizinische Fach; auf der Universität zu Greifswald 6 für das medizinische Fach; auf der Universität zu Berlin 4 für das medizinische Fach, 1 für das mathematisch=naturwissenschaftliche Fach. 1 für das pharmaceutische Fach; auf der Universität zu Leipzig 1 für das medizinische Fach; auf der Universität zu Halle 3 für das medizinische Fach, auf der Universität zu Würzburg 13 für Theologie; auf der Bau=Akademie zu Berlin 2 für das bautechnische Fach.

— **Zur Förderung und Hebung des Molkereiwesens** hat der Vorstand des landwirthschaftlichen Provinzialvereins für Posen auch für das laufende Jahr wieder Geldunterstützungen bis zur Höhe von 300 Mark ausgesetzt. Dieselben sollen namentlich lokale Ausstellungen von Molkereiprodukten, an denen sich nur kleinere bäuerliche Besitzer betheiligen würden, ermöglichen, resp. zu solchen aufmuntern, da derartige der Molkerei förderliche Ausstellungen bisher nicht recht in Gang kommen wollten

r. **Ins städtische Krankenhaus** wurde gestern Abends eine kranke Frau aus Jerzyce gebracht, welche mit ihrem 4 Wochen alten Kinde im Flur des Hauses Kanonenplatz 10 saß. — Eben dorthin wurde auch ein zweijähriges krankes Kind gebracht, welches ein Arbeiter, dessen Frau sich in gerichtlicher Haft befindet, in seine Wohnung auf der Kl. Gerberstraße eingeschlossen hatte. Da das Kind sehr schrie und der Vater nicht aufzufinden war, so wurde auf polizeiliche Veranlassung die Wohnung durch einen Schlosser geöffnet.

X. **Lissa,** 6. März. [Vorschuß=Verein.] Der hiesige Vorschußverein, Eingetr. Genossenschaft, hielt gestern Abend unter sehr reger Betheiligung der Mitglieder die statutenmäßige Hauptversammlung ab. Aus dem Rechenschaftsberichte des verflossenen 20. Verwaltungsjahres ist Folgendes zu entnehmen: die Mitgliederzahl betrug am Schluße des Jahres 1880 1355; neuzugetreten sind im Laufe des Jahres 1881 115, zusammen 1470. Nach Abzug der im Laufe des Jahres ausgeschiedenen 143 Mitglieder bleiben am 1. Januar 1882 die Zahl von 1327 Mitglieder. Von diesen entfallen auf Lissa und nächste Umgebung 536, auf die Filiale Reisen 256, Schmiegel 216, Schwetzkau 195, Storchnest 124; die Gesammteinnahme und Ausgabe balanzirt in Höhe von 2,048,700.16 M.; der Kassenbestand 72,204.45 M.; das Mitglieder=Guthaben beträgt 137,193.36 M.; Vorschüsse wurden 6104 in einer Gesammthöhe von 1,719,503 M. bewilligt. Dieselben wurden in 51 Sitzungen erledigt, durchschnittlich also 119—120 Anträge pro Sitzung. Der Reservefonds hat einen Bestand von 12,205.21 M., Effekten Bestand 11,100 M.. Depositen 1590 M. An Spareinlagen verblieben 355,427.36 M. Das Inventarium hat einen Werth von 270 Mark. Die Zinsen=Einnahme betrug 28,501.46 Mark; die Zinsen=Ausgabe 13,924 59 M.; die Geschäftskosten=Ausgabe 2393.11 M.; die Geschäftskosten=Einnahme 2185.22 M. Die Provisionen der Kassenbeamten betragen 1748.63 M.; der Verlust durch den Konkurs der Firma H. und D. 2746.88 M.; der Netto=Reingewinn 7666.41 M. Die General=Versammlung beschloß von dem Reingewinn 6 Prozent Dividende auf die dividendenberechtigten Einlagen im Betrage von 1,236,683 M. mit 7420.98 M. zu vertheilen und den Rest von 245.43 M. dem Gewinn= und Verlust=Konto pro 1882 zuzuschreiben. Hierauf fand die Wahl des Direktors und von vier Ausschußmitgliedern statt, bei welcher zum Direktor Herr Hotelbesitzer Seiffert, zu Ausschußmitgliedern die Herren Privatsekretär Schendel, Müllermeister Fiebig, Kaufmann Liebelt und Glasermeister Jartsch gewählt wurden. Eine lange Debatte wurde angeregt durch den Antrag auf Herabsetzung des Zinsfußes der Spareinlagen, beziehungsweise auf Nichtannahme solcher von Nichtmitgliedern. Es wurde schließlich beschlossen, um dem vorhandenen Geldüberfluß abzuhelfen, den Aufsichtsrath zu ermächtigen, Spareinlagen von Nichtmitgliedern für die Zukunft nicht mehr anzunehmen. Hierauf wird ein Antrag des Aufsichtsraths auf Diskontirung 4monatlicher Geschäftswechsel angenommen. Zwei weitere Anträge: 1) das Guthaben der einzelnen Mitglieder bis zur Höhe von je 300 M. (statt bisher 180 M.) anzunehmen; 2) die Zahl der Ausschußmitglieder von 9 auf 12 zu erhöhen, sollen der nächsten Generalversammlung zur Beschlußfassung unterbreitet werden. Endlich wurde noch der Vorstand zur event. Geldaufnahme pro 1882 bis zur Höhe von 18,000 M. ermächtigt und nach Ertheilung der Decharge, die Versammlung nach 4stündiger Sitzung, in welcher die Anwesenden die Ueberzeugung gewannen, daß die umfangreichen Geschäfte des Vereins mit Umsicht geleitet werden, geschlossen.

△ **Lissa,** 7. März. [Stadtverordneten=Sitzung.] In der am Sonnabend abgehaltenen Stadtverordnetensitzung bildete einen den Haupt=Gegenstände die Frage wegen Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten. Nach § 12 der Städteordnung hätte Lissa, welches nach der letzten Volkszählung 11,756 Einwohner zählt, das Recht, 30 Stadtverordneten zu haben, hat aber thatsächlich nur 18. Der Antrag auf Vermehrung der Stadtverordneten ist in dem letzten Dezennium theils von Stadtverordneten selbst, theils von der Bürgerschaft mehrfach gestellt, stets aber abgelehnt worden. Dieser Antrag ist nunmehr von Neuem gestellt und damit motivirt worden, daß 30 Stadtverordnete mehr arbeiten und wirken können als 18, daß eine Vermehrung derselben auf die gesetzlich vorgeschriebene Zahl der Würde und dem Ansehen einer Stadt wie Lissa entsprechen und ebenso nur zum Wohle und Gedeihen der Stadt beitragen würde, es auch fraglich erscheine, ob die Stadtverordneten überhaupt befugt sind, auf das durch die größere Zahl der Einwohner neu entstandene Recht der Bürgerschaft, die Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten zu verlangen, zu verzichten. Der Antrag fand in vielen Kreisen der Bürgerschaft Zustimmung, wenn auch einzelne Anhänger desselben diese Vernehmung durch das Kollegium selbst angeregt wissen wollten, da ihrer Ansicht nach, sofern die Geschäfte der städtischen Verwaltung es ersprießlich oder erforderlich machen würden, eine diesbezügliche Aenderung zu schaffen, das Kollegium im eigenen wie im allgemeinen Interesse nicht säumen werde, eine solche zu beantragen. Der diesmalige Antrag theilte das Schicksal der früheren: er wurde von der Stadtverordneten=Versammlung abgelehnt, weil eines theils für eine größere Versammlung kein Platz vorhanden, andererseits der Umfang der Geschäfte nicht von der Größe sei, daß 18 fleißige Männer dieselben nicht zu bewältigen im Stande wären, im Uebrigen auch keiner der für die Vermehrung vorgetragenen Gründe als zutreffend erachtet werden können. — Nachdem von Herrn Bürgermeister Herrmann der Verwaltungsbericht pro 1880/81 vorgetragen worden, wurde die gelegte Armenkassenrechnung wie die Sparkassenrechnung dechargirt, die Hauptkassenrechnung einem Mitgliede zur Revision übergeben und von den Ergebnissen der ordentlichen und außerordentlichen Kassenrevisionen Kenntniß genommen. Aus den der Stadt verfallenen, nicht apgehobenen Servisbeträge sollen 12 Schränke für das Massenquartier abgeschafft werden. Die Berathung des Haushats=Etats pro 1882/83 soll einer noch in diesem Monat anzuberaumenden außerordentlichen Sitzung vorbehalten bleiben.

u. **Rawitsch,** 7. März. [Pensionirung. Zweites Bahngeleise. Handwerkerverein. Bürgerversorgungs=Verein. Abiturientenprüfung.] Mit dem 1. April d. J. tritt der Oberlehrer an der hiesigen Realschule, Professor Dr. Geisler mit Pension in den Ruhestand. Derselbe ist seit 1859 Lehrer an der Anstalt gewesen. — Da der Verkehr zwischen Breslau und Posen sich so gesteigert hat, daß seine Bewältigung auf einem Geleise nicht mehr möglich ist, so wird in nächster Zeit von der Station Gellendorf bis Posen ein zweiter Schienenstrang gelegt werden. Dadurch wird die ganze Strecke Breslau=Posen doppelgeleisig sein. — Im Handwerkerverein hielt Oberlehrer Dr. Rummler einen Vortrag über das Thema: Eine Reise von Rawitsch nach Rom. Da der Vortragende nur Selbsterlebnisse schilderte, so war die Vorführung derselben eine höchst interessante, was auf die Zuhörer einen lebhaften Eindruck machte. Nach dem Vortrage machte Apotheker Woita Mittheilungen über Experimente, welche die Verfälschung von Milch und Reinigung des Petroleums zum Gegenstande hatten. Es wurde gezeigt, wie die Verfälschung zu erkennen und die Reinigung zu untersuchen seien. — Dem von dem hiesigen Seifenfabrikanten Kobene im März 1878 ins Leben gerufenen Bürgerversorgungsverein sind durch allerhöchste Ordre vom 26. Januar d. J. Korporationsrechte verliehen worden. — Gestern fand in der Realschule unter Vorsitz des Provinzialschulraths Polte die Abiturientenprüfung statt. Die beiden Oberprimaner, die sich derselben unterzogen, haben das Zeugniß der Reife erhalten.

u. **Rawitsch,** 7. März. [Armenbürgerfonds.] In der letzten Stadtverordnetensitzung kam auch eine Vorlage, betreffend den Armenbürgerfonds, zur Verhandlung. Der Vorsitzende machte der Versammlung auf Grund der Akten über den Fonds Mittheilungen, aus denen wir Folgendes hervorheben. Im Oktober 1832 wurde zum Andenken an die Einführung der Städteordnung vom 17. Oktober 1831 und zum Andenken an die 1632 erfolgte Gründung unserer Stadt der Armenbürgerfonds ins Leben gerufen. Die Anregung ging von dem Oberältesten der Züchner=Innung, Karl Stiller, aus. Derselbe machte den Vorschlag, die neue Ordnung mit der Stiftung eines Fonds zu beginnen, aus dem seiner Zeit arme und gebrechliche Bürger Unterstützung erhalten. Zur Begründung dieses Fonds verpflichteten sich die Gewerke bei jeder Meister=Aufnahme und Lehrlings=Freisprechung Beiträge zu zahlen und außerdem aus dem Innungsvermögen Schenkungen zu bewilligen. Hierzu kamen Zuwendungen von Wohlthätern, und der Magistrat überwies der Stiftung die Hälfte des Bürgerrechtsgeldes. Schon im Dezember des Jahres 1832 war ein Kapital von 3000 Mark gesammelt, und kurze Zeit darauf erfolgte die Bestätigung des Statuts durch die Regierung. Vom 1. Januar 1843 trat der Fonds, der bis dahin auf 9000 Mark angewachsen war, in Wirksamkeit. Es erhielten zwei bedürftige Bürger wöchentlich eine Unterstützung von 1 M. 20 M., und außerdem wurde ihnen im Hospitalgebäude Wohnung und Heizung gewährt. Die Zahl der Bürger ist seitdem auf 22 gestiegen, die im verflossenen Jahre eine Unterstützung von 1134 Mark erhielten. Seit 1864 stellten die Gewerke ihre Leistungen an die Kasse ein. Dagegen wurde von den städtischen Behörden derselben die Hälfte der Hundesteuer zugewiesen, und seit Januar d. J. ist auf Vorschlag der Finanz=Kommission dasselbe mit dem ganzen Bürgerrechtsgelde geschehen. Die Einkünfte für das laufende Jahr sind auf 1614 Mark 10 Pfg. veranschlagt. Das gegenwärtige Vermögen der Kasse beläuft sich auf 24,159 Mk. Seit dem Jahre 1843, wo der Fonds in Thätigkeit getreten ist, sind 29,184 Mark an Unterstützungen gezahlt worden.

M **Tremessen,** 6. März. [Landwehr=Verein. Gerichts=Kommission.] Vorgestern hielt der hiesige Landwehr=

Verein im Bukowiecki'schen Lokale seine Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende Herr Oberlehrer Dr. Rangen führte in einer kurzen Ansprache aus, daß der Verein in Folge seiner hochherzigen Tendenzen, die er nicht allein in kameradschaftlicher, sondern auch in humanitärer Beziehung verfolge, im Wachsen begriffen und deshalb für ein gedeihliches Fortkommen desselben nicht zu sorgen sei. Mit einem Hoch auf den Verein, in welches die Kameraden begeistert einstimmten, schloß die Rede. Demnächst wurde über die abzuhaltende Kaisersgeburtstagsfeier Beschluß gefaßt. Dieselbe findet bereits am 21. d. Mts. statt, und zwar soll diese Feier durch Zapfenstreich eingeleitet, und mit Theater, lebenden Bildern nebst Ball gefeiert werden. Ohne Debatte wurde der Vorstand autorisirt, einige Schußwaffen für den Verein anzuschaffen, mit welchen Kameraden ausgerüstet werden sollen, um bei Begräbnissen die Ehrensalven abgeben zu können. — Behufs näherer Untersuchung des Thatbestandes über den neulich im Mogilnoer Kreise gemeldeten großen Brand hat sich dieser Tage eine Kommission des hiesigen Amtsgerichts nach der Brandstelle begeben. Ueber das Resultat der Untersuchung verlautet nichts Bestimmtes.

g. **Kobylin,** 7. März. [Jubiläum.] Vorgestern feierte die hiesige evangelische Kirchgemeinde das Jubiläum ihres 250jährigen Bestehens. Die Stadt war aufs Festlichste dekorirt. Nachdem sich die auswärtigen Gäste, unter denen sich außer mehreren Geistlichen des Kirchenkreises auch die Herren Konsistorial-Präsident v. d. Gröben, General-Superintendent Dr. Geß, Provinzial-Schulrath Polte, als Vertreter des Vorstandes der Provinzial-Synode, Gymnasialdirektor Leuchtenberger aus Krotoschin, der Kreislandrath Gläser und Superintendent Aust aus Dobrzyca befanden, im Pfarrhause versammelt hatten, begaben sich dieselben nach dem festlich geschmückten Rathhause, woselbst Herr Bürgermeister Eberstein die Versammlung mit herzlichen Worten begrüßte, Herr Konsistorial-Präsident v. d. Gröben die Begrüßung erwiderte, Herr Provinzial-Schulrath Polte die Glückwünsche des Vorstandes der Provinzial-Synode überbrachte und Herr General-Superintendent Dr. Geß ein Gebet sprach. Unter Vorantritt eines Musik- und des Sängerchors erfolgte der Festzug in die Kirche, begleitet von einer großen Menschenmenge. Das Gotteshaus war aufs Festlichste geschmückt. Nach dem Eingangsliede hielt Herr Superintendent Aust die Liturgie, nach welcher unter Leitung des Herrn Kantor Sopart eine Motette mit Instrumentalbegleitung aufgeführt wurde. Nach dem Hauptliede hielt der Ortspfarrer Herr Pastor Baumgart die Festpredigt, welcher als Text die Geschichte vom Schifflein Christi zu Grunde lag, und welche ihren mächtigen Eindruck nicht verfehlte. Nachdem vom Sängerchor noch ein Gesang vorgetragen worden war, hielt der Herr General-Superintendent vor dem mit einem neuen Christusbilde geschmückten Altare eine Ansprache an die Festversammlung. Die beim Schlusse des Gottesdienstes eingesammelte Kollekte ergab den reichen Ertrag von 110 Mk. Um 2 Uhr vereinigte ein gemeinsames Mittagsmahl die Festgenossen im Rathhaussaale.

z. **Tirschtiegel,** 7. März. [Besetzung einer Lehrerstelle. Lehrerverein. Fleischschau.] Die seit dem 1. Oktober v. J. erledigte zweite Lehrerstelle an der hiesigen katholischen Schule ist, da der Schulvorstand ungeachtet dessen, daß mehrere Bewerbungsgesuche vorlagen, eine Neuwahl nicht vorgenommen hat, am 1. d. Mts. von Seiten der königl. Regierung zu Posen mit dem Schulamtskandidaten Draber aus Blesen besetzt worden. — Am Freitag hielt der hiesige Lehrerverein in seinem Vereinslokale seine Monatssitzung pro März d. J. ab. In derselben hielt Lehrer Beil einen Vortrag über das Thema: Die hauptsächlichsten Quellen, aus denen die Fehler der Kinder entspringen. Nach einer Besprechung des Vortrages wurden vierstimmige Männergesänge geübt, sowie auch einige schwierigere Rechenaufgaben gelöst. — Im Dezember v. J. wurde die hiesige Stadt in zwei Fleischschaubezirke, Alt- und Neustadt, eingetheilt. Durch das Loos fiel dem Fleischbeschauer Bloch die Neustadt und dem Fleischbeschauer Adam die Altstadt als Fleischschaubezirk zu. Da Adam jedoch mit dieser Theilung nicht zufrieden war, (die Altstadt ist etwas kleiner als die Neustadt) wurde die Entscheidung der königlichen Regierung zu Posen nachgesucht. Letztere ist nun in voriger Woche eingetroffen und bestimmt, daß es bei der vom Magistrat getroffenen Eintheilung der Bezirke sein Bewenden behält. Gleichzeitig ist angeordnet worden, daß ein Schwein für weniger als eine Mark nicht untersucht werden darf.

⚭ **Schneidemühl,** 5. März. [Stadtverordneten-Sitzung. Neue Eisenbahn-Haltestelle. Ehrenmeister des Johanniterordens.] In der Sitzung der Stadtverordneten am Sonnabend nahm die Versammlung den Bericht der zur Vorberathung der statutarischen Anordnungen betreffend die Organisation der Verwaltung der Stadt Schneidemühl gewählten Kommission entgegen. Nach dem Entwurf lautet: § 1. Das Magistratskollegium besteht wie bisher aus dem Bürgermeister, einem unbesoldeten Beigeordneten und 4 Magistratsmitgliedern, welche den Titel „Stadtrath" führen. § 2. Die Zahl der Stadtverordneten bleibt auf 18 bestehen. § 3. Außer den Deputationen sollen zur Erledigung der vorübergehenden Geschäfte für die Forst-, Ziegelei-, Servis- und Einquartierungs-, Armenpflege- und Oekonomieverwaltung auch Kommissionen gewählt werden. § 4. Behufs Bildung einer Schuldeputation wird auf das Gesetz vom 26. Juli 1811 verwiesen. § 5. Die Forst-, Ziegelei-, Bau- und Oekonomiedeputation, welcher letzteren auch der Straßen-, Wege-, Brücken- und Brunnenbau übertragen werden soll, besteht aus 1 Magistratsmitgliede, 2 Stadtverordneten und 2 Bürgern. § 6. Die Servis- und Einquartierungsdeputation besteht aus 1 Magistratsmitgliede, 2 Stadtverordneten und je 1 Bürger aus jedem Stadtbezirke. § 7. Die Armen-, Krankenhaus- und Waisenhausdeputation besteht aus 2 Magistratsmitgliedern, 4 Stadtverordneten, 4 Bürgern, den Bezirksvorstehern, dem Armenarzte und den Ortsgeistlichen. Der Armenarzt und die Ortsgeistlichen haben Stimmrecht. § 8. Die Deputation aus der Zahl der Magistratsmitglieder und Stadtverordneten ernennt der Bürgermeister. Die Bürger werden von der Stadtverordneten-Versammlung auf 6 Jahre gewählt. § 9. Die Bezirksvorsteher und deren Stellvertreter wählt die Stadtverordneten-Versammlung auf 6 Jahre. Dieselben sind Organe des Magistrats und haben den Anordnungen desselben Folge zu leisten. § 10. Die Mitglieder der Armendirektion sind öffentliche Beamte und haben sich nach der Geschäftsinstruktion vom 25. Mai 1835 zu richten. Die Kommission schlägt vor, die §§ 4, 6, 7, 8 und 9 dem Entwurfe des Magistrats gemäß anzunehmen, dagegen die §§ 1 und 2 dahin abzuändern, daß die Zahl der unbesoldeten Stadträthe von 4 auf 6 und die Zahl der Stadtverordneten auf 24 zu erhöhen ist. Bürgermeister Wolff spricht gegen diesen Antrag, da die Versammlung sich zunächst über die Beschaffung von den erforderlichen Räumlichkeiten zur Aufnahme einer größeren Zahl von Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten schlüssig machen müsse. In nächster Zeit würde auch ein Gewerbeschiedsgericht eingesetzt werden und das Standesamt sei auch nicht würdig untergebracht, sondern würde in dem jetzigen Lokale nur wegen Mangel eines besseren geduldet. Auch könne es leicht dahin kommen, daß bei Vermehrung der Magistratsmitglieder, die königliche Regierung auf die Anstellung eines besoldeten Beigeordneten halten werde. Die Versammlung nimmt aber trotzdem den Kommissionsantrag an. Zu § 3 beantragt die Kommission, hinter Servis- und Einquartierungsdeputation „Gasbeleuchtungsdeputation" einzuschalten. Der Antrag wird angenommen, obgleich Bürgermeister Wolff dagegen spricht, indem derselbe ausführt, daß diese Deputation, da die Gasanstalt nicht städtisch ist, keine Verwendung finden wird. Die Beleuchtungsangelegenheit könne zur Genüge von einer Kommission erledigt werden. Zu § 5 schlägt die Kommission vor, die Forstdeputation aus 1 Magistratsmitgliede, 3 Stadtverordneten und 3 Bürgern bestehen zu lassen, der Baudeputation die Verwaltung des Straßen-, Wege-, Brücken- und Brunnenbaues zu belassen und der Oekonomiedeputation auch die Boden- und Torfnutzung zu übertragen. Der Antrag wird angenommen. — Hinsichtlich der Einrichtung einer Knabenmittelschule, welche auf Beschluß der Versammlung zum 1. April cr. und zwar zunächst mit einer Klasse in das Leben treten sollte, hat die königliche Regierung zu Bromberg unter dem 10. Februar cr. auf den Antrag des Magistrats zur Genehmigung der Errichtung einer solchen Anstalt eine Verfügung erlassen, in welcher sich dieselben folgendermaßen ausläßt: Erfahrungsgemäß hätten sich Mittelschulen in Städten mit mehr Einwohnern als Schneidemühl habe, bewährt. In Schneidemühl sei dies ohne Ueberbürdung der Kommune mit Abgabenlasten, die ohnehin schon hoch genug wären, wohl kaum denkbar. Die besser situirten Einwohner würden ihre Kinder nach wie vor auf das Gymnasium schicken und die ärmeren in die Elementarschule und der Mittelstand würde wohl kaum in der Lage sein, die 5 Klassen, aus welchen eine Mittelschule bestehen müßte, zu füllen. Es müßten 5 Lehrer, von denen 3 die Prüfung für Mittelschulen abgelegt haben, angestellt werden und deren Gehälter auch höhere als die der Elementarlehrer sein. Der Bau eines neuen Schulhauses würde ein nothwendiges Erforderniß werden. Ob die Kommune bereit und fähig sein wird, diese Lasten zu tragen, hege sie (die Regierung) Bedenken. Zunächst müsse ein Etat mit 5 Klassen ausgearbeitet und den Stadtverordneten zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Bei Annahme desselben würde sie (die Regierung) gegen die Errichtung einer Mittelschule nichts einzuwenden haben, sie wünsche nur, daß der Stadtvertretung ein klares Bild über die Kosten gegeben werde. Sollte dagegen die Kostenfrage Anstoß erregen, so sei in Erwägung zu ziehen, ob nicht in Verbindung mit der evangelischen Schule, welche aus 12 Klassen bestehe und in den oberen Klassen bereits nach dem Plane einer Mittelschule arbeite, eine Mittelschule mit geringeren Kosten errichtet werden könne. Eine Trennung dieser Schule in eine selbstständige Knaben- und eine selbstständige Mädchenschule müsse doch über kurz oder lang eintreten und könnte also schon jetzt durch den Aufbau zweier sogenannten Rektorklassen auf die Knabenschule dem Bedürfniß resp. Verlangen nach einer Mittelschule abgeholfen werden. Der Magistrat beantragt nunmehr, auf den letzten Vorschlag der königlichen Regierung einzugehen und auf die evangelische Schule zwei Rektorklassen aufzusetzen. Die Kosten würden sich dann nach einer von dem Magistrat angefertigten Uebersicht in Einnahme auf 3720 M. und zwar Schulgeld von 50 Schülern der ersten Klasse a 36 M. = 1800 M., von 40 Schülern zweiter Klasse a 48 M. = 1920 M., dagegen in Ausgabe auf 5580 M. stellen, so daß neben einer einmaligen Ausgabe für die Ausstattung der Klassen von 800 M. ein jährlicher Zuschuß von 1860 M. erforderlich sein würde. Die Versammlung beschließt nach eingehender Besprechung die Einsetzung einer Kommission, in welche die Stadtverordneten Kupfer, Wichert, Munk, Zakrzewski, Hellwig und Beer gewählt werden. Dieselbe soll sofort die Angelegenheit vorberathen und wird alsdann in einer Extrasitzung am Donnerstag, den 9. d. M. entgültiger Beschluß gefaßt werden. — Der Antrag des Magistrats zur Verpachtung der nochmals ausgebotenen Baggengärten für die jährliche Pachtsumme von 662 M. den Zuschlag zu ertheilen, wird, da die Pacht nunmehr 93,70 M. pro Jahr mehr beträgt, als im vorigen Termine erzielt worden war, angenommen. — Der Antrag des Magistrats, zur Vorberathung des Stadthaushaltsetat pro 1882 bis 1883, welcher bis inkl. den 7. d. M. öffentlich zu jedermanns Einsicht ausliegt, eine Kommission einzusetzen, wird, da die Berathung desselben in pleno vorgezogen wird, abgelehnt. — Hinsichtlich des von der Versammlung gefaßten Beschlusses geeignete Schritte zu thun, daß die Zahlung von jährlich 6000 M. zur Unterhaltung des Gymnasiums eingestellt werde, theilt der Magistrat der Versammlung mit, daß sich derselbe keinen Erfolg verspricht und von weiteren Schritten Abstand genommen habe. Nach der öffentlichen Sitzung wurde noch in einer geheimen über die Bestellung der Kaution für den hiesigen Bankagenten weiter berathen. — Auf der Schneidemühl-Dt. Kroner Eisenbahnstrecke wird in nächster Zeit zu Breitenstein zwischen den Stationen Schrotz und Dt.-Krone eine neue Haltestelle errichtet werden. Die Vorarbeiten sind in Angriff genommen. — Auf Vorschlag des Herrenmeisters des Johanniterordens, Prinzen Karl, ist zum Ehrenritter des Ordens der Rittmeister a. D. Stephan v. Dewitz, genannt v. Krebs auf Segenfelde bei Lebehnke ernannt worden.

△ **Schneidemühl,** 7. März. [Landwirthschaftlicher Verein.] In der gestrigen Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins übernahm zunächst Posthalter Teßmar den Vorsitz. Nach Verlesung des Protokolls schritt man zur Wahl des Vorstandes für das nächste Geschäftsjahr. Zum Vorsitzenden wurde Gutsbesitzer Neumann-Wilhelmshöhe, zu seinem Stellvertreter Pächter Jahnz-Byschke, zum Schriftführer Rentier Göldner, zu dessen Stellvertreter Propsteipächter Ritter und zum Rendanten Mühlengutsbesitzer Drewitz, sämmtlich von hier, gewählt. Herr Ritter theilte hierauf mit, daß in Bezug auf eine Subvention zur Moorbodenkultur an hiesige Interessenten der Zentralvorstand in der nächsten Kommissionssitzung Vorschläge machen würde, daß aber eine Entscheidung in dieser Angelegenheit erst zum Herbste zu erwarten wäre. — Noch legte derselbe mit Bezug auf die Einschleppung von Viehseuchen eine Adresse an den Reichskanzler des Inhalts vor, daß entweder die russische und österreichische Grenze dauernd abgesperrt würde, oder an der Grenze Schlachthäuser errichtet würden, in denen das fremde Vieh unter Aufsicht zu schlachten wäre. Man nahm an, daß von hier Zuchtvieh nie aus Oesterreich oder Rußland würde bezogen werden. Die Besprechung dieser Adresse resp. deren Unterschrift wurde der nächsten Sitzung vorbehalten. — Nunmehr erörterte Herr Ritter das auf der Tagesordnung stehende Thema über „mangelhafte Lupinen-Aussaat". Wenn auch eine ziemlich gut aussehende Lupinen-Aussaat, unter welcher sich nur wenig schimmelige Lupinen befänden, leidlich aufginge, so stürben doch alsbald viele Pflanzen wieder ab. Eine wirklich gute Saatlupine komme in diesem Jahre hier überhaupt kaum vor. Was aber solle man als Ersatz wählen? Ob Seradella, Buchweizen, die Wickerbse oder die Peluschke? Letzterer, welche auch auf einem Boden siebenter Klasse fortkäme, müßte auf unserem leichten Boden der Vorzug gegeben werden. Herr Jahnz, welcher inzwischen den Vorsitz übernommen hatte, schlug auch Senf mit Rübsen und Raps vor, aber nur für feuchten und guten Boden, wo sich das Unterpflügen gut bewähre. Wolle man Gips streuen, so müßte dies recht früh geschehen, und wäre folgende Nässe sehr erwünscht. — Zum Schlusse regte Rentier Göldner noch zwei Fragen an: ob eine landwirthschaftliche Ausstellung hier in Aussicht zu nehmen wäre, und ob ein Zuchtviehmarkt, vielleicht mit einem Luxuspferdemarkt verbunden, hier zu veranstalten wäre. Die Versammlung interessirte sich für Beides auf das Lebhafteste. Beide Gegenstände wurden der nächsten Tagesordnung zugewiesen. — Die nächste Vereins-Sitzung wird am 3. April statthaben. Noch wurde beschlossen, daß die Vereins-Sitzungen immer am ersten Montage nach dem Ersten jeden Monats abgehalten werden, daß dieselben aber für die Monate Juni, Juli, August, September gänzlich ausfallen. Als Vereinsstunde wurde für den Winter 5 Uhr, für den Sommer 6 Uhr Abends bestimmt.

✳ **Bromberg,** 7. März. [Verein deutscher Holz- und Flößereiinteressenten.] Die gestern hier abgehaltene Versammlung war namentlich auch von Delegirten aus Berlin, Stettin ꝛc. sehr zahlreich besucht und wurde vom Vorsitzenden mit der erfreulichen Mittheilung eröffnet, daß wohl Dank der in so verhältnißmäßig kurzer Zeit erzielten Erfolge die Betheiligung der Interessenten erheblich und stetig zunehme. Es erfolgt dann ein eingehender Bericht über die bezüglich der russischen Brückenzölle in Danzig und Warschau gepflogenen Unterhandlungen, welcher der Deputation die Ueberzeugung verschaffen mußte, daß nach der augenblicklichen Sachlage eine Abhilfe der Mißstände nur durch den Verein zu erreichen ist. Die Delegirten hielten es jedoch augenblicklich für gerathen, annehmbare Bedingungen nicht von der Hand zu weisen und die vortheilhaften Chancen derselben den Vereinsmitgliedern für die Dauer der Pachtkontrakte zu sichern. Für die Plocker und Wloclawker Brücke bestehen dieselben bis 1885, für Zegrze und Wierzbitza bis 1884 resp. 1883 und die mit den Pächtern bis dahin vereinbarten Bedingungen gewähren den Vereinsmitgliedern wenigstens relativ so wesentliche Vortheile, daß die Versammlung in Anerkennung derselben die Kontrakte genehmigt und einstimmig dem Vorstande ihren Dank votirt. Ein Antrag, auch die Expedition der Holztransporte durch die Warschauer Brücke einheitlich zu regeln, wird angenommen und ein Vorstandsmitglied mit der Ausführung dieses Beschlusses betraut. Auch hat der Verein verläßliche Agenten in Polen bestellt und einen Rechtsbeistand für etwaige Streitigkeiten der Vereinsmitglieder daselbst sich zu sichern gewußt. — Der Vorsitzende bringt alsdann die im Verbandverkehre mit Sachsen ermäßigten Eisenbahntarife zur Sprache, von denen namentlich für die Wintermonate ein größerer Geschäftsverkehr zu erwarten steht. — Die Versammlung beauftragt eine Kommission, die bei den verschiedenen Kanälen in Preußen bestehenden Verordnungen zusammenzustellen, um aus der Verschiedenartigkeit und dem oft krassen Unterschiede der verschiedenen Betriebsvorschriften und Gefälle Material zu sammeln für eine etwa mögliche Einheitlichkeit des Flößerei- und Schifffahrtsbetriebes. Eventuell soll damit nachgewiesen werden, bei welchen Kanälen Maßregeln existiren, welche über die Sicherheit des Betriebes hinausgehen und die Wassertransporte entweder belästigen oder vertheuern. — An die Handelskammern soll eine Petition gerichtet werden, dahin gehend, daß ähnlich der zu Danzig und Berlin bestehenden Einrichtung auch anderwärts die Behörden vor Erlaß von Verordnungen und Verfügungen betreffend den Verkehr auf den Wasserstraßen hierüber die gutachtliche Aeußerung der betreffenden Korporationen resp. der betheiligten Interessenten einholen. Diese auch bei den Eisenbahnen gut bewährte Einrichtung dürfte vielleicht dahin führen, daß seitens der Behörden auch dem bedeutenden Flößereibetriebe gegenüber der weit überaus bevorzugten Schifffahrt etwas mehr Beachtung geschenkt werde. — Schließlich wird beschlossen, um einem etwaigen Mangel geschulter Floßmannschaften in den Sommermonaten vorzubeugen — ein Uebelstand, der durch mannigfache Flößereivorschriften letzter Zeit wesentlich erhöht wurde — in den östlichen Provinzen geeignete Bekanntmachungen zu erlassen, um die erforderlichen Arbeitskräfte an den betreffenden Stellen disponibel zu haben. Der Verein wird alsdann bemüht sein, auch eine Regelung des Arbeitsnachweises zu veranlassen.

Aus dem Gerichtssaal.

△ **Posen,** 6. März. [Schwurgericht; schwerer Diebstahl und versuchter Raub.] Heute begannen unter dem Vorsitze des Landgerichts-Direktors Schellbach die Verhandlungen der zweiten diesjährigen Schwurgerichtsperiode. Die ersten, die sich vor diesem Schwurgerichte zu verantworten hatten, waren der bereits wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle, wegen Hausfriedensbruches u. s. w. vorbestrafte Böttcher Vinzent Wlodarski aus Rogasen und dessen Ehefrau Theophila, die ebenfalls schon wegen Hehlerei, Hausfriedensbruches, Körperverletzung bestraft worden ist. Dieselben sollen gemeinschaftlich im November 1879 der unverehelichten Rohde aus einem verschlossenen Stalle mittels eines falschen Schlüssels Wäsche, Kleidungsstücke, Decken und eine Wanne im Werthe von zusammen etwa 38 Rm. entwendet und außerdem am 7. Dezember 1879 versucht haben, derselben Person mit Gewalt 12 Rm. baaren Geldes wegzunehmen. Das letzte Verbrechen ist das versuchten Raubes, das erste das des schweren Diebstahls. Zu den angegebenen Zeiten bewohnten die Rohde und die Angeklagten je eine Stube in einem Hinterhause in Rogasen. Die Rohde hatte ein Theil ihrer Sachen in einem stets verschlossenen Stalle verwahrt. Eines Tages im November 1879 nahm sie wahr, daß, obwohl der Stall verschlossen, aus demselben die oben im allgemeinen bezeichneten Gegenstände verschwunden waren. Da sie gegen die Angeklagten Verdacht schöpfte, bewirkte sie bei diesen eine Haussuchung, bei der einzelne von den ihr entwendeten Sachen vorgefunden wurden. Die Angeklagten wollen diese Sachen von der Rohde theils geschenkt theils gekauft haben. Die Rohde gab zwar zu, daß sie einmal an die Angeklagten Sachen verkauft, ihnen auch einige geschenkt habe, behauptete jedoch, daß die vorgefundenen ihr entwendet seien. Die angeklagte Ehefrau wurde namentlich auch durch folgende Aussagen der Schuhmacherfrau Gehrke belastet: Einige Zeit vor dem Diebstahle habe die Angeklagte von ihr einen Stubenschlüssel geliehen, ihr denselben aber nicht abgegeben. Dieselbe habe ihr aber später mitgetheilt, daß der geliehene Schlüssel auch zu dem Stalle der Rohde passe und daß sie aus dem Stalle einen Theil der Sachen fortgenommen habe, um sich für geleistete Arbeit bezahlt zu machen. Der Staatsanwalt beantragte in diesem Falle, die angeklagte Ehefrau des schweren Diebstahls für schuldig zu erklären, den Ehemann dagegen freizusprechen.

Der zweiten Anklage liegt folgender Vorfall zu Grunde: Am 6. Dezember 1879 erhielt die Rohde durch Postanweisung 12 Rm. zugeschickt. An demselben Tage sprachen die Angeklagten in Gegenwart der Frau Gehrke hiervon und meinten, daß das Geld der Schwester der Rohde gehöre, weshalb man es ihr abnehmen müsse. Am 7. Dezember Morgens um 9 Uhr drang der angeklagte Ehemann in die Stube der Rohde, warf zunächst eine Frauensperson, die bei der Rohde genächtigt hatte, zur Thür hinaus, und versuchte dann in Gemeinschaft mit seiner hinzugekommenen Ehefrau der Rohde das Geld, das dieselbe in ihrer Tasche bei sich trug, zu entreißen. Hierbei wurde die Rohde von den Angeklagten erheblich mißhandelt, bis schließlich Leute herbeikamen und die Angeklagten von der Rohde ablassen mußten. Das Geld hatten die Angeklagten der Rohde nicht entreißen können. Daß sie es versucht haben, wurde, da sich der Vorgang anfangs im Zimmer der Rohde in Abwesenheit irgend welcher Zeugen abgespielt hat, nur von der Rohde bekundet. Die Angeklagten leugneten es. Sie wollen in das Zimmer der Rohde nur eingedrungen sein, um im Auftrage des Hauswirthes die bei der Rohde nächtigende Frauensperson herauszuwerfen, weil diese Person einen schlechten Ruf gehabt hätte. Der Staatsanwalt erachtete in diesem Falle beide Angeklagten für überführt und beantragte, dieselben des versuchten Raubes schuldig zu sprechen. Das Verdikt der Geschworenen entsprach den Anträgen der Staatsanwaltschaft. Die Geschworenen billigten nur der angeklagten Ehefrau und nur bezüglich des Diebstahls mildernde Umstände zu. Der Gerichtshof bestrafte die angeklagte Ehefrau wegen schweren Diebstahls und versuchten Raubes mit zusammen 1 Jahre und 3 Monaten, den Ehemann wegen des letzten Verbrechens mit 1 Jahr Zuchthaus. Es wurde auch gegen beide auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für einen entsprechenden Zeitraum und auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt.

△ **Schneidemühl,** 7. März. [Entziehung von der Wehrpflicht.] Vor der gestrigen Strafkammer kam ein ganz eigenthümlicher Fall der Entziehung von der Wehrpflicht zur Verhandlung. Der Angeklagte war der Schäferknecht Krüger aus Klempitz. Er hatte, angeblich schon ½ Jahr augenkrank, die Augen mit einem Augenwasser behandelt. Als nun beim Ober-Ersatz-Geschäft die Augen desselben ärztlich untersucht wurden, fand sich bei beiden Augen in den Augenwinkeln ein schwarzblauer Körper. Es war Kautabak. Die Augenlider waren stark geröthet und die Augen thränten und eiterten. Der Angeklagte wurde zu 3 Monaten Gefängniß und Ehrverlust auf 1 Jahr verurtheilt.

Staats- und Volkswirthschaft.

△ **Posen-Kreuzburger Eisenbahn.** Nach vorläufiger Feststellung beträgt die Einnahme der Posen-Kreuzburger Eisenbahn im Monat Februar

	1882:	definitiv 1881:
a. aus dem Personen-Verkehr	27,539 M.	25,546 M.
b. aus dem Güterverkehr	105,194 „	95,663 „
c. aus sonstigen Quellen	13,975 „	12,000 „
Zusammen	146,708 M.	133,209 M.

Mithin im Februar 1882 mehr 13,499 M.
Seit Anfang des Jahres 1882 mehr 32,808 M.

** **Oels-Gnesener Eisenbahn.** Die Einnahme für Monat Februar beträgt nach

	vorläufiger 1882	endgiltiger Feststellung: 1881
1. Aus dem Personen- und Gepäck-Verkehr	20,186 M.	19,510 M.
2. aus dem Güterverkehr	50,765 „	57,478 „
3. aus sonstigen Quellen	14,656 „	14,656 „
Summa	85,607 M.	91,644 M.
für Monat Februar 1882 gegen 1881 also weniger		6,037 M.
und von Anfang 1882 gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres weniger		7,292 „

** **101. Königl. Sächs. Landes-Lotterie.** 3. Klasse, 1. Ziehung vom 6. März.

40,000 M. Nr. 70905.
20,000 M. Nr. 88807.
10,000 M. Nr. 3355.
5000 M. Nr. 24571 26488 32266 33415 78591 82162 90757 96483.
3000 M. Nr. 679 18118 19660 27099 32403 35738 64948 81587 83518.
1000 M. Nr. 2075 10862 11953 20175 21636 24228 872 25832 35339 41453 47649 58258 662 59138 64023 65335 975 71337 73978 82749 85354 90112 93164.
500 M. Nr. 795 3992 8550 15815 21778 24121 630 25457 27883 31621 34753 76 35316 36737 50400 60593 789 64913 67818 69188 70522 73089 74870 80536 84126 89022 91966 92556 97632 98904.
300 M. Nr. 461 4020 8618 9983 12027 65 641 14004 959 69 16623 17769 19050 759 21322 22914 23466 24854 25111 20 617 27757 30359 31222 33534 800 38021 357 39844 40153 42386 44182 46086 311 629 47952 52899 55391 857 56142 63139 65637 69228 769 70267 71273 333 50 72399 73732 847 74762 75542 894 78192 538 80432 809 81668 84064 87496 902 90180 943 91330 92181 93386 883 94117 646 795 95585 719 97079 98982 99532.
250 M. Nr. 721 1396 897 2701 871 3136 4771 5046 774 6560 7592 8834 10568 11162 513 939 12139 86 638 13429 14165 390 978 15485 16256 902 17332 638 773 18547 629 806 49 19163 216 21142 22410 23413 582 621 24454 25254 643 26512 87 733 56 27392 28238 29531 83 33058 385 461 883 34026 208 426 857 35020 372 616 908 36418 581 759 37035 300 569 728 39147 66 40326 996 42452 43128 365 44010 233 434 45012 259 721 46017 316 47415 49793 50435 799 52783 887 53070 55986 56020 57089 339 58142 688 943 59000 540 61027 724 25 814 62276 511 91 641 63510 912 64554 910 66099 519 67213 69390 71767 874 73174 96 622 74050 132 416 711 75703 929 77818 78146 391 763 79409 505 683 872 80873 81079 106 74 734 930 82248 65 810 83095 215 539 933 84343 795 86046 529 87485 88207 424 542 89291 320 838 95 90039 436 899 91500 93479 94285 361 548 839 95371 96272 97094 98609 50 99622 813.

** **Wien,** 7. März. [Ausweis der österreichisch-französischen Staatsbahn] vom 26. Februar bis zum 4. März 620,328 Fl., Mindereinnahme 14,649 Fl.

Briefkasten.

R. R. Erhalten.

B. M. Wenn Sie den Berechtigungsschein zum einjährigen Freiwilligen-Dienste besitzen, können Sie Ihre Meldung zum Eintritte in den von Ihnen gewählten Truppentheil bis zum 1. April d. J. aufschieben. Besser ist es jedoch, wenn Sie sich früher melden, um ganz sicher zu sein, daß Sie in den betr. Truppentheil zum 1. April auch aufgenommen werden.

Verantwortlicher Redakteur: **P. Bauer** in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Konkursverfahren.

Ueber den Nachlaß der am 13. November 1881 verstorbenen Handelsfrau **Kunigunde Paulus**, geb. **Kalinowska**, zu Posen, welche die Firma **S. Paulus** geführt hat, ist heute Vorm. 10 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Verwalter: Gerichtssekretär a. D. **Friedrich Koenig** hier.

Offener Arrest mit Anzeigefrist, sowie Anmeldefrist bis zum 8. April 1882.

Erste Gläubigerversammlung am 5. April 1882, Vorm. 10 Uhr.

Prüfungstermin am 20. April 1882, Vorm. 10 Uhr im Zimmer 5 des Amtsgerichtsgebäudes am Sapiehaplatze hier.

Posen, den 8. März 1882.

Brunk,
Gerichtsschreiber des Königlichen Amtsgerichts.
Abtheilung IV.

Handelsregister.

Zufolge Verfügung von heute ist eingetragen:

1) in unser Register zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft unter Nr. 663, daß der Kaufmann **Friedrich Wilhelm Mylius** zu Posen für seine Ehe mit **Mathilde Agnes** geb. **Redslob** hierselbst durch gerichtlichen Vertrag vom 31. Juli 1850 die Gütergemeinschaft ausgeschlossen hat;

2) in unser Prokurenregister unter Nr. 284, daß der Kaufmann **Friedrich Wilhelm Mylius** zu Posen für sein hier unter der Firma **W. Mylius** bestehendes Handelsgeschäft — Nr. 627 des Firmenregisters — dem Kaufmann **Fritz Bremer** hierselbst Prokura ertheilt hat.

Posen, den 8. März 1882.

Königl. Amtsgericht.
Abtheilung IV.

Bekanntmachung.

In das Register zur Eintragung der Ausschließung oder Aufhebung der ehelichen Gütergemeinschaft ist zufolge Verfügung vom 2. März 1882 am heutigen Tage folgende Eintragung:

„Nr. 45. **Hugo Brav** in Krotoschin (cfr. Firma **Hugo Brav** Nr. 346 des Firmenregisters) hat für seine Ehe mit **Rosalie** geb. **Flatau** durch gerichtliche Verhandlung vom 26. April 1877 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen“

bewirkt worden.

Krotoschin, den 3. März 1882.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Auf Anmeldung ist in unserem Gesellschafts-Register bei Nr. 27 (Aktien-Zuckerfabrik Zduny) heute Nachstehendes vermerkt worden:

Die Absätze 1 und 2 des § 18 des Gesellschafts-Statuts vom 1. August 1881 sind dahin geändert:

Der Aufsichtsrath besteht vom 1. Juli 1882 ab aus Eilf von der Generalversammlung aus der Zahl der Gesellschafter zu erwählenden Mitgliedern.

Der Aufsichtsrath ist das erste Mal bis zum 1. Juli 1882 gewählt. Die zweite Wahl hat bis zum 1. Dezember 1885 zu erfolgen und geschieht von da ab immer auf 5 Jahre durch die General-Versammlung.

Die Amtsdauer des Vorstandes ist gleichlaufend mit der Dauer der Funktionen des Aufsichtsraths.

Krotoschin, den 4. März 1882.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist unter der laufenden Nummer 346 die Firma

Hugo Brav

und als deren Inhaber der Putz- und Weißwaarenhändler **Hugo Brav** zu **Krotoschin** zufolge Verfügung vom 2. am 3. März 1882 eingetragen worden.

Krotoschin, den 3. März 1882.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Gemeindebezirke **Neufeld** belegene, dem Landwirth **Johann Gustav Schulz** gehörige Grundstück **Neufeld** Nr. 43, welches mit einem Flächen-Inhalte von 83 Hektaren 93 Aren 10 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 498 Mk. 30 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 222 Mk. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege

der nothwendigen Subhastation

den 1. April 1882,

Nachmittags um 3 Uhr,

im Schulzenamte zu Neufeld

versteigert werden.

Pinne, den 17. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht II.

Nothwendiger Verkauf.

Der Antheil V des in der Stadt Kempen unter Nr. 124 belegenen Grundstücks, für welchen ein Grundbuchblatt noch nicht angelegt ist, welcher nach dem Auszuge aus der Grundsteuermutterrolle einen Flächeninhalt von 81 qm hat und die Parzellen-Nummer 886/210 führt, welchen ferner nach dem Atteste des Magistrats vom 12. Januar 1877 der Schuhmacher **Nissen Wolf** u. seine Ehefrau **Bertha** geb. **Salomon** seit länger als 20 Jahren bis zu ihrem Tode im ungestörten Besitz gehabt haben und welcher der Grundsteuer nicht unterliegt, soll auf Antrag eines Benefizialerben gemäß § 112 Nr. 1 der Subh.-Ordnung in nothwendiger Subhastation

den 13. April 1882,

Vormittags um 9 Uhr

im Lokale des unterzeichneten Amtsgerichts öffentlich versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes und etwaige andere, das Grundstück betreffende Nachweisungen sowie etwaige besondere Verkaufs-Bedingungen können in der Gerichtsschreiberei II während der Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, sowie die unbekannten Erben, welche Eigenthum oder anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine resp. bis zum Erlaß des Zuschlagsbescheides bei Vermeidung der Ausschließung anzumelden.

Das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 13. April 1882,

Mittags um 12 Uhr,

im hiesigen Geschäftslokale anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Kempen, den 29. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Witowo unter Nr. 8 belegene, dem Wirth **Andreas Matuszak** gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen des Genannten berichtigt steht und welches mit einem Flächeninhalte von 10 ha 97 a 60 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 53,4 Mark und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 18 Mark veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhastation

den 17. April 1882,

Nachm. um 2 Uhr

im Lokale des Gastwirths Reimann in Witowo versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstücke und alle sonstigen das Grundstück betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können in der Gerichtsschreiberei III des unterzeichneten Gerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche zur Vermeidung der Präklusion spätestens im Versteigerungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlages wird in dem auf

den 18. April 1882,

Vormittags um 11 Uhr,

im Geschäftslokale des unterzeichneten Gerichts anberaumten Termin öffentlich verkündet werden.

Schroda, den 16. Febr. 1882.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in Schrimm unter Nr. 409 belegene, aus Wohnhaus mit Hofraum und Garten, abgesonderter Stallung und Ackerland bestehende, dem Arbeitsmann **Jakob Irzeskowiak** gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 16 a 35 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 3,30 M. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 90 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 15. April 1882,

Vormittags um 10 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 12 versteigert werden.

Die gesetzliche, auf Verlangen jedes Interessentin zu bestellende Bietungskaution beträgt 238,20 M.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstücke und alle sonstigen, dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufsbedingungen können im Bureau III des unterzeichneten Königlichen Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 17. April 1882,

Vormittags um 9½ Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 12, anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Schrimm, den 18. Febr. 1881.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Als **Prokurist** der am Orte Gnesen bestehenden und im Firmenregister sub Nr. 258 unter der Firma **W. M. Hemmler** eingetragenen, der Frau **Veronika Marianna Hemmler** geborene **Męclewska** zu Gnesen gehörigen Handelseinrichtung ist der Kaufmann

Roman Męclewski

zu Gnesen

in unser Prokurenregister unter Nr. 31 am 6. März 1882 eingetragen worden.

Gnesen, den 6. März 1882.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Das zur **Samuel Goldmann**'schen Konkursmasse gehörige ☛ **Hausgrundstück Rawitsch,** Wilhelmsstraße Nr. 590, in welchem seit ca. **20 Jahren** ein **Eisenwaaren-Geschäft** mit bestem Erfolge betrieben worden ist, soll — vorbehaltlich der am 28. März cr. zusammentretenden Gläubiger-Versammlung — eventuell zur Uebernahme **pr. 1. April dieses Jahres** verkauft werden.

Das vorhandene Waarenlager, im Werthe von ca. 4000 Mark, ist bei Ankauf des Hauses, **gegen Baarzahlung,** mit zu übernehmen. — Hypothekenstand fest.

Das offerirte Eisenwaaren-Geschäft besitzt eine gute Dominial- sowie große Stadt- und Landkundschaft, so daß dem Käufer — namentlich bei der vorzüglichen Geschäftslage — auch fernerhin die besten Erfolge in Aussicht stehen.

Reflektanten erhalten nähere Auskunft bei dem Konkursverwalter

Hermann Putzke

in **Rawitsch,** Wilhelmsstr. 527/528.

Die Wittwe **Magdalene Kaube** zu Kosten, hat in ihrem am 24. November 1881 publicirten Testament ihrem Bruder **Anton Turkiewicz,** dessen Aufenthalt nicht hat ermittelt werden können, ein Legat von 180 Mark vermacht. Dies bringt zur öffentlichen Kenntniß

Kosten, den 6. März 1882.

Schultz, Rechtsanwalt,
als Offizial-Mandatar der unbekannten Erben.

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 10. d. Mts., Vorm. 10 Uhr, werde ich im Pfandlokale der Gerichtsvollzieher hier

eine silberne Cylinderuhr

gegen Baarzahlung öffentlich meistbietend versteigern.

Posen, den 8. März 1882.

Kunz,
Gerichtsvollzieher.

Bekanntmachung.

Die pro Etatsjahr 1882/83 zur Unterhaltung der Provinzial-Chausseen der Wege-Bauinspektion Lissa erforderlichen Feldstein- und Kiesmassen sollen im Wege öffentlicher Submission vergeben werden, und zwar sind Offerten für die Chausseen der Kreise:

1. Fraustadt bis Freitag, den 17. d. M., Vormittags 10 Uhr,
2. Kosten bis Freitag, den 17. d. M., Nachmittags 3 Uhr,
3. Kröben bis Donnerstag, den 16. d. M., Vormittags 10 Uhr,
4. Bomst bis Donnerstag, den 16. d. M., Nachmittags 3 Uhr,

versiegelt und portofrei hierher einzureichen.

Das Nähere über die Lieferungsstrecken und Massen enthalten die bezüglichen Kreisblätter, auch sind die Chaussee-Aufseher zur Auskunftgabe bereit.

Lissa, den 6. März 1882.

Der Wege-Bauinspektor: Bauer.

En-gros. על פסח בהכשר **En-détail.**

Unter Aufsicht Sr. Ehrwürden des Herrn Dr. Feilchenfeld empfehle sämmtliche Osterwaaren.

Bernhard Aschheim, Büttelstr. 23.

ASTHME Katarrh, Beklemmung und alle Krankheiten der Respirations-Organe werden durch die **TUBES LEVASSEUR** geheilt.

NEVRALGIES Augenblickliche Heilung durch die **nervenstärkenden Pillen des D'CRONIER.**

LEVASSEUR, Apoth. & Chem. 1 Cl., 23, rue de la Monnaie, Paris. Dépôts in allen guten Apoth.

Engros: **Elnain & Co.,** Frankfurt a. M.

Die Eisengießerei und Maschinenbau-Anstalt
von
J. Moegelin in Posen

empfiehlt ihr großes Lager aller landwirthschaftlichen Maschinen, als: Dreschmaschinen, Häckselmaschinen, Getreide-Reinigungsmaschinen, Trieurs, Säemaschinen, Sommerfeldt's Patent-Reihen-Säewalzen, Oelkuchenbrecher, Pflüge aller Art, namentlich vierschaarige Saat- und Schälpflüge, Eggen, Krümmer, Coleman'sche Grubber, Ringelwalzen 2c.; ferner Pumpen aller Art, Torfstechmaschinen, Stachelzaundrath. Säulen, Stützen, Träger, sowie überhaupt alle Eisen-Konstruktionen zu Bauzwecken.

Nur solide Kassenschränke bei 10jähr. Garantie,

Casetten zum Anschließen und Einmauern empfiehlt billigst die **Geldschrankfabrik** von **H. Stolpe,**

Posen, Kl. Ritterstr. 3 u. Bäckerstr. 19.

Reparaturen prompt und sauber.
Illustrirte Preiscourante auf Verlangen franco.

In der **A. Netzband**'schen Konkurssache betragen die nicht bevorrechtigten Forderungen Mk. 16 223,26 und der zur Vertheilung verfügbare Massenbestand Mark 2800,78.

Rogasen, den 7. März 1882.
Der Konkursverwalter.
Jastrow.

In einer Kreis- und Garnisonstadt, an einem schiffbaren Flusse, in Kurzem Bahnstation, ist ein massives Vorderhaus mit schönen Geschäftsläden und Hintergebäuden, großem Hof und Durchfahrt, in guter Lage der Stadt, zu jedem Geschäfte passend gegen eine kleine Anzahlung billig zu verkauf. Offerten unter E. S. 10 in d. Exp. d. Ztg. erbeten.

Ein kräftiges
Arbeitspferd
ist zu verk. Gr. Gerberstr. 32.

Thonröhren, zu Brücken und Durchlässen, **Drainröhren, Dachsteine,** sowie auch **Mühlensteine** empfiehlt

A. Krzyżanowski.

Heute Abend frische **Stettiner**
Hechte,
Barsen und
Zander
bei
Moritz Briske Wwe.,
Krämerstr. 12.

Gutes Wiesenheu
liefert jedes Quantum zu zeitgemäßen Preisen der Kaiserliche Posthalter **Sucker** in Konin, Russisch-Polen.

! Neuheit !
! Seifenblätter !
Louis Ohnstein.

Ziehung 31. März cr.
Große Frankfurter Lotterie
II. Serie
Hauptgew. i. W. v. 20000,
12000, 6000, 2à5000 Mk etc.
3500 Gew. i. W. v. 160000 Mk.
Loose à 1 Mk.
(Ausw. 20 Pfg. Porto beif.)
empfiehlt **B. Magnus,** Gen.-Debit **Frankfurt a. M.**

Alle Sorten
Sämereien

in garantirt **guter keimfähiger Qualität,** sowie **Liegnitzer Zwiebeln, Petersilie, Meerrettig, Sellerie, Majoran 2c.** empf. zu bill. Tagespreisen.

Paul Lindner, Liegnitz.

Warszawski's
Pfandleih-Institut,
Wronkerstr. 12, I Tr.
Beleihung von Pfändern jeder Art und zu jeder Tageszeit.

Für die Herren
Schul-Inspektoren!

Die
Hofbuchdruckerei
W. Decker & Co.
(E. Röstel)
Posen

hält **Zeugnisse** und **Zeugniß-Albums** laut Vorschrift des Amtlichen Schulblattes zu folgenden Preisen vorräthig:

Zeugnisse auf ff. Kanzlei-Papier, à Buch 0,75 M.

Zeugniß-Albums in festem dauerhaften Einband:
300 Seiten enthaltend 4,75 M.
600 „ „ 7,00 „

Ein alter noch guter Flügel ist wegen sofortiger Räumung der Wohnung billig zu verkaufen bei **Schulz,** Sandstr. 5, parterre rechts.

Dom. Kowalski bei **Kobelnitz** hat noch einige Tausend Cent. schöne rothe

Kartoffeln

zu Brennereizwecken 2c. zu verkaufen.

---

150 Ctr. gute **Futter-Kartoffeln** werden zu kaufen gesucht. Off. an **Carl Heinr. Ulrici & Co.,** Breitestraße 14.

Für ein Rittergut

von 625 Morgen incl. 100 Morgen Flußwiesen, mit einer Dampfmahlmühle, die nach neuesten Systemen erbaut, mit einer Stärkefabrik 2c. an Kanal und Bahn gelegen, wird zur ersten Stelle ein Kapital von **150,000 Mark** pr. April gesucht. Offert. sub F. E. 180 an **Rudolf Mosse,** Berlin W., Friedrichstr. 66.

Gesuch.

Eine **Maschinenöl- u. Wagenfett-Fabrik Deutschlands** nach neuestem System arbeitend, **sucht Verbindung** mit feinsten Häusern in **Rußland** und **Polen. Ia. Referenzen erforderlich.** Gefl. Offert. sub **Z. 4008** durch die **Annoncen-Expedition von Robert Kieß, Magdeburg** erbeten.

Pensionäre find. freundl. u. bill. Aufn. Gartenstr. 15, III.

Ein oder zwei Knaben finden in einer anständigen Familie, gute und billige Pension, sowie auch liebevolle Pflege bei **Kokocinska,** Gr. Gerberstr. 53.

Für eine Schülerin (mos.) w. e. Pension hier in e. gebildeten Hause gesucht. Genaue Offerten postl. sub A. C. Nro. 50 erbeten.

Syphilis, Geschlechts- und Hautkrankheit., Schwächezustände, (Pollut. Impot.) heilt mit sicherem Erfolge, auch briefl., Dr. **Holzmann,** Berlinerstr. 16 part.

Specialarzt
Dr. med. Meyer,
Berlin, Leipzigerstr. 91,
heilt auch brieflich Syphilis, Geschlechtsschwäche, alle Frauen- und Hautkrankheiten, selbst in den hartnäckigsten Fällen, stets schnell mit bestem Erfolge.

Paulikirchstr. 2 sind 3 Zimmer, Küche und Nebengelaß zu verm.

Louisenstr. ist 1 unmöbl. Zimm. u. kleine Wohn. zu verm. Näheres St. Paulistr. 4, Parterre, links.

St. Martin 28
sind 4 Zimmer, Küche u. Beigelaß im I. Stock, renov., zum 1. April zu vermiethen.

Ich suche Lagerraum für leere Spiritusgebinde.
Wilhelm Kantorowicz junior.

Hinterwallischei 26
sind 1. April ab Parterre und 2. Stock Mittelwohn. a 72 u. 75 Thlr. zu vermiethen.

Mittelwohnungen, auch 2 möbl. Balkonzimmer am Garten, sind zu verm. Sandstr. 8.

Ein großes Zimmer der I. Etage, Fenster nach dem Hofe, besonderer Aufgang, möblirt oder unmöblirt zu vermiethen. Näheres Hôtel de Paris, Breitestr.-Ecke.

Breslauerstr. 9, 4 Stub., III., sofort zu vermiethen.

Wasserstr. 2, III. E., Wohnung 3 St, Küche, Kamm. sogl. z. v.

Ein verheiratheter **Gärtner,** 40 Jahre, wenig Familie, in allen Branchen der Gärtnerei erfahren, sehr gute Zeugnisse, sucht 1. April cr. dauernde Stellung. Gefl. Off. erbitt. unter A. M. Zduny postl. einzusenden.

Tüchtige Schneidergesellen
finden sofort bei hohen Löhnen Beschäftigung. Reisegeld wird vergütet.

Müncheberg & Franke.
Cottbus.

Suche sofort einen
Hofbeamten
aus anständiger Familie. Gehalt 300 Mark.

Th. Bayer.
Golenczewo bei Rokietnica.

Ein unverh. Voigt,
deutsch und polnisch sprechend, findet am 1. April cr. Stellung in **Glinienko** bei Chludowo.

Für mein Colonialwaaren- und Delikatessen-Geschäft suche per sof. einen brauchbaren

jungen Mann.

Nur persönliche Vorstellung wird berücksichtigt.

J. Nowakowski,
Breslauerstr. 21.

Eine perfecte Köchin
für größere Häuser, sowie Mädchen aller Art empf. Miethsfrau **Szulczewska,** Fischerei Nr. 19.

Ein junger Mensch,
der schön polnisch u. deutsch schreibt, findet per sofort zeitweise, eventuell dauernde u. lohnende Beschäftigung in unserer Central-Güter-Agentur Wilhelmsstr. 11.

Stellmacher,
der in seinem Fache tüchtig ist, mit guter Empfehlung sucht vom 1. April oder später Stellung.
Jarząbek in Althütte b. Czarnikau.

Ein **Dienstmädchen** und **Hausdiener** können sich melden in der Restauration Breslauerstr. 18.

Photographie!
Wir suchen zur Aushilfe einen
Retoucheur.
A. & F. Zeusohner, Wilhelmsstr. 27.

Eine Amme
verlangt **Silberstein,** Neustdt. Markt.

Stellensuchende
jeden Berufs placirt schnell das Bureau **Germania,** Dresden.

Ein junger Mann
aus guter Familie kann am 1. April in meiner Colonialwaaren-Handlung als **Lehrling** eintreten. Polnische Sprache erwünscht.

E. Brecht's Wwe.

Ein Commis,
beider Landessprachen mächtig, findet per sofort oder 1. April in meinem **Colonial-Waaren- u. Wein-Geschäft** Stellung.

Emil Brumme.

Ein tüchtiger, der poln. Sprache mächtiger
Uhrmachergehilfe
wird per sofort gesucht.

G. Huebner,
Uhrenhandlung, Posen.

Lehrlings-Gesuch.

Ein junger Mann aus guter Familie kann bald oder 1. April in die mit meiner Apotheke verbundene

Droguenhandlung und Mineralwasser-Fabrik

als Lehrling eintreten. Polnische Sprache erwünscht.

Dr. Koeberlin,
Bentschen,
a. d. Märk.-Posener Bahn.

Ein junger Landwirth,
beider Landessprachen mächtig, im Rechnungsfache geübt, mit guten Zeugnissen versehen, findet, mit Angabe seiner Gehaltsansprüche zu Ostern Stellung.

Ciszkowo Kr. **Czarnikau.**

Dienstboten jeder Art empfiehlt Miethsfrau **Preuß,** St. Adalbert 26.

Ein gebildetes Mädchen, ev. (Waise), das im Schneidern, Putzmachen, Wäsche u. Maschinennähen und allen weibl. Handarbeiten firm ist, plätten und kochen kann, sucht zum 1. April Stellung als Stütze der Hausfrau oder zur Leitung eines Haushalts. Familienanschluß erbeten. **Nr. 100 A. B.** postlag. **Wollstein.**

Gute
Vogte, Kutscher, Diener 2c. empf. das Miethsbureau Breitestr. 23.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer Töchter **Gertrud** mit Hrn. **Wilhelm Haucke** und **Hedwig** mit Hrn. **Ernst Mosebach** beehren wir uns ergebenst anzuzeigen.

Lopuchowo, d. 25. Februar 1882.

W. Luther u. Frau.

Loose

zur Zoologischen Garten-Lotterie à 1 M., Zieh. am 15. April cr., zur Inowrazlawer Pferde-Lotterie à 3 M., Zieh. am 19. April cr., sind in der Exped. d. Pos. Zeitung zu haben.

Heute und morgen
frische Kesselwurst.
Restaurant zum Hôtel de Paris.

Heute Donnerstag
Eisbeine.
St. Fiksiński,
Breslauerstraße 38,

Donnerstag, den 9. d. M.
Eisbeine.
M. Matuszewski, Schulstraße 4.

Zur goldenen Krone.
Heute Eisbeine.
J. Barth, Sandstr. 1.

Lamberts-Saal.
Verein für Geselligkeit.
Concert.

Freitag, den 10. März 1882,
Abends 7½ Uhr,
gegeben von den Herren

Barth, de Ahna und Hausmann,

unter freundlicher Mitwirkung der

Frau Dr. Theile.

Programm.

1. Trio in B-dur op. 97. — **Beethoven.**
2. Arie aus Faust (Die stille Nacht entweicht). — **Spohr.**
3. Andante lento, Allegro vivo — **Piatti.**
4. Vier schwedische Tänze — **Anderssen.**
5. Lieder:
   Herbstlied — **Franz.**
   Kleine Blumen — **Beethoven.**
   Liebchen, wo bist Du? — **Masohner.**
6. Sonate für Violine und Clavier — **Nardini.**
7. Trio Es-dur op. 100 — **Schubert.**

Eintrittsbillets à 1,25 M. sind in der **Rehfeld**'schen Buchhandlung und beim Oekonom **Fabich,** Bismarckstr. 9, zu haben.

Der Vorstand.

Hennig'scher Gesangverein.
Donnerstag, den 9. März,
Abends ½7 Uhr:
Hauptprobe
mit Orchester.

Moschin.
Brief **B. P. 27** erst heute erhalten, Antwort sandte unter gewünschten Ziffern sofort.

Möchte nicht unser **Rotty** vor seinem Abschiede noch einmal in „Kurmärker und Picarde" auftreten?

Mehrere Verehrer.

Stadt-Theater.
Donnerstag, den 9. März 1882:
Carmen.
Freitag, den 10. März 1882:
Gastspiel der Frau **von Moser-Sperner.**
Odette.

B. Heilbronn's
Volks-Theater.
Donnerstag, d. 9. März c.:
Benefiz für Fr. Neumann.
Neu! Der Löwe des Tages. Neu!
Posse mit Gesang in 3 Akten.
Freitag, den 10. März c.:
Erstes Gastspiel der **Wartenberg**-schen **Montagne-Troupe,** bestehend aus 5 Damen u. 3 Herren.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt. Frl. Charlotte Schäfer mit Kaufmann Jakob Götz in Berlin. Frl. Ida Heidemann mit Kaufmann Nathan Treuherz in Berlin. Frl. Emmy Rautzenberg mit Hrn. Albert Tesmer in Berlin. Frl. Mary Reischel in Berlin mit Hrn. Willy Kätelholdt in Bordeaux. Frl. Lydia Heyer mit Hrn. Karl Birkenfeldt in Orth. Frl. Jenes Edle und Freiin von Potho in Burg mit Hauptmann im Generalstabe Constans von Voigts-Rhetz in Brandenburg. Frl. Fanny Rosenkranz mit Hrn. Georg Sönderop in Berlin. Frl. Mathilde Clausius mit Hrn. Lic. Dr. Friedrich Zimmer in Bonn.

Verehelicht. Hr. Sally Fraenkel mit Frl. Pauline Wilmersdörffer in Berlin. Rechtsanwalt J. R. Silbergleet mit Frl. Elise Cohen in Berlin. Hr. Albert Traeger in Nordhausen mit Frl. Henr. Caro in Berlin. Hr. Albert Zietlow mit Frl. Emilie Paetzold in Berlin.

Gestorben. Premier-Lieutenant a. D. Fritz Döring in Berlin. Frau Franziska Niemer, geb. Rawetzky in Sommerfeld. Frau Emilie Raabe, geb. Giar in Berlin. Königl. Hoftheater-Friseur Adolf Braun in Berlin. Wundarzt L. Magerstedt in Nauen. Verw. Kreisgerichtsrath Ulrike Ritter, geb. Lutze in Kottbus.

Für die Inserate mit Ausnahme des Sprechsaals verantwortlich der Verleger.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.